

# Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 27. Februar 1925

Nummer 9

## INHALTSVERZEICHNIS

Der Ruhrstandal und die Gewerkschaften .....	E. D.
Proletarisches Glaubensbekenntnis .....	Max Dortu
Hollfragen und Gewerkschaften .....	Erich Eichhorst
Der RML-Gemeindefarbeiter ist noch zu gut .....	Emil Döbert
Neuwahl und Tätigkeit der Betriebsvertretungen III (Schluß) .	B. Schapitz
Bildungsarbeit der Filiale Dresden .....	G. Förster
Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Aus der Spruchpraxis • Gas, Wasser, Elektrizität • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter Landstraßenwärter • Aus unserer Bewegung • Rundschau.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesiſche Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 11044

## Beifen

echt, jederd. Daunenköner. 1<sup>1/2</sup> schlig. groß. Oberbett. Unterbett u. 1 Kiss. m. 14 Pfd. grauen Feuergeißel. Gebek. Gm 43.—, dasselb. Gebett mit 2 Kiss. u. 16 Pfd. zartweich. Federn gefüllt. Gm. 63.—

## Bettfedern

graue, p. Pfd. Gm. 1.1<sup>1/2</sup>, zart u. weich. Gm. 1.50. graue Halbjaun. 3.25. Schleiend, grau. 2.25. weisse Halbjaun. 5.—. Daunnen grau 9.25. weis 12.50. Bettbezug a. gut. weis. Linon o. bunt gebümt od. kar. p. Stck. Gm 7.20. All. Ausst.-Art. Billig. Must. u. Katal. fr. Nichtige. Geld zurück. Bettfedern-Großhandlung, Bettfedern- u. Versand. Th. Krauss, Kassel 288.

**Apfelwein** Ltr. 40 Pf. Johannsbeerw. 60 u. 20% Steuer in Gefäßen zu 30 u 50 L. Apfelsaft 10 Flaschen 15.— M. verst. v. send. Gwald Fickboh. Hunsrück.

## Butter-schmalz

garant. rein, zweimal geläutert in 10 und 20 Pfund-Kübeln liefert franko Haus um 1.90 Mark p. Nachnahme.

Frauz Lehmann, Rempen I. Allg. 73.

## Honig

Gar. reiner Bienen Schleuder letzter Ernte, la Qual. feinstes, unverfälscht. Bienenprodukt, 10 Pfd. Postdose 11 M. franko Nachnahme.

IMKEREI REIMERS, Quickborn (Holst.) 61.

Gummi saug. etc. (Hfg. Art.) Preis send. gratis. disk. Versand. Pharm. byg. Industrie Medicus, Berlin N 54, Veteraniestr. 25 c.

Willste Musik treiben — Müde Dörfel schreibent!

## MUSIK Instrumente

Vorungen Sie Preisliste Klippenhal I. Sachs. Nr. 30

## la Schweinskopf

p. Pfd. jetzt 8 Pfg. billiger liefer ab hier.

9 Pfd. frisch geßelt. . . 4.32 M.  
9 Pfd. fein geräucher. . . 5.22 M.  
9 Pfd. Schw. Kleinfleisch 3.51 M.  
9 Pfd. Rindf. o. Knoch. 3.33 M.  
ab 30 Pfd. per Pfd. alles 8 Pfg. billiger.

Karlsruhe, keine amerik. Verz. W. PETER PAPE, Preisdruckfabrik, Hamb. A. Nr. 102.

**Versandstelle,** verzebe nach jed. Ort. Rückporto. P. Holter, Breslau E 1711.

## Ihr Geldbeutel

wird fett, wenn Sie billig rauchen, es kostet 5 Pf für eine Karte an Tabakfabrik „Weitraf“

Köller, Bruchsal 197, um Preisliste Riskieren Sie es. Sie bereuen es nicht.

## Pickel, Mitesser!

Ein einfaches, wunderbares Mittel teile gern kostenlos mit

Frau M. Poloni, Hannover A. 112, Edenstraße 30 A.

## STOFFE an Private

zu konkurrenz. Preis. 50 Proz. Ersparnis Größte Auswahl Zahlungsweise leicht.

Verlage. Sie unverbindlich Muster! Tuchversand A. Kramber, Elchenau b. München.

## LEGHÖNER

liefert Geflügelhof in Mergentheim 64. Preisliste frei

Ziehung 27. u. 18. März 1925

## Rote Geld-Lotterie

zum Besten d. Landesvereins v. Rote Kreuz 6835 Geld-Gewinne in bar oder d. h.

M. 200 000 Hauptgewinn 60 000 „ 30 000 „ 10 000

Lose à 3.30 M. Paris od. extra versandt nach ost. Nach.

Emil Stiller, M., Bankhaus, Hamburg, Holtenauer 37. Baldige Bestellung erwünscht.

## Käse-

Fabrik, Import Großhandlung,

auch Paketversand zu Original-Engros-Preisen. Beamt 14 Tage Ziel. Preisliste meiner 15 Käsesorten umsonst. Käse ist nahrhafter als Wurst oder Schinken.

C. Armbruster, Kasetabrik, Affrahstedt Nr. 6 (Holstein)

## „Die Arbeit“

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik u. Wirtschaftskunde Herausgegeben v. ADGB. Erscheint am 15. jeden Monats. Preis 1.— M.

Abtl. Bücher u. Schriften Berlin SO 31, Schlesische Str. 42.

Verbandsmitglieder bezieh. Ihre Literatur durch die Abteilung Bücher u. Schriften

## Abbau — Wiederaufbau

Die sich in den heutigen Verhältnissen nicht mehr zurechtfinden und neue Wege zum Glück und Erfolg suchen, lesen

Morel, Die Technik des Lebens Voreinsendung 2.60 portofrei. (Postch. Erlurt 7239) Versandabteilung des Verlag Buch- u. Graphik, Jena, Marienstr. 1.

## Einmaliges Angebot!

Zwecks Einführung meiner Firma versende ich circa 2000 Brode garantiert echten prima Tiisiter Vollfettkäse, von 9 Pfd. direkt an Private, zum Engrospreis von 1.18 Mk. per Pfd. aussch. Porto und Verpackung per Nachnahme

Emil Heer, Käsegroßhandlung, Tilsit. Extra schöner Holsteiner

Prei Haus! Käse Prei Haus! ff. Tafel- od. Holsteiner od. Kugelkäse

9 Pfd. Laib 6.50, sort Pack 6.50, 9 Pfd. echter dän. Feitkäse 9.75, 9 Pfd. echter dän. Edamer 9.75, 3 Pfd. Taleikase u. 4 Pfd. grobe oder feine Dauere-Mettwurst, zusammen 10.75.

C. GERNDT, Nahrungsmittelhaus Nordort in Holstein 20.

## Suffige Gesellschaft

ruft an! Sie finden sie in unserem Suffigen Guide des Dammers.

Dasselbe enthält die vollständigsten neuesten Reise, Sport- und Goulets. Sie werden sich tollfühlen. Sie können überall lebende Sechshen hervorragen! Dieses Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Freude und macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis 1.40 Mark. Souvenir-Verlag AG., 848, Dresden V, Wanzschaustraße 27.

## MÖBEL auf Teilzahlung

Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer

Küchen, Klubgarnitur, Einzeilmöbel in gediegener Qualität, noch billig

Möbelhaus BEISER, Lohninger Straße 67

Als Abgebauer (Uhrengeschäft meines Schwiegervaters übernommen) biete an:

14 Kar. vergold. Sprungdeckeluhren

10 jähr. Garantie, auf die Minute genau gehen. Marke Jungmann, Drusus od. Schweizer, nehme anstandslos zurück, wenn nicht geillt, gegen 70 M. bei 25 M. Anzahl, dann monatl. Raten von 15 M. ohne Erneuerung eines Zuschlages. Zahlreiche Dankschreiben.

Julius Henschel, Markneukirchen Uhren, Optik, Grammophone, Geigen, Zupf- und andere Instrumente.

## KAFFEE

Wollen Sie eine gute Tasse trinken und kuggerweise viel Geld sparen, so beziehen Sie nur noch Quast's überall anerkannt hochfeine

Record-Mischung, Pfund nur 84 Pfennig

!f Bohnenkaffee mit Malzin, remahlen und gebrauchsfertig. Jeder Kenner ist höchstbefriedigt. Wir versenden 8 1/2 Pfund portofrei in Blechdose oder 1 1/2 Pfund-Paketen 10 M. 7. per Nachnahme Be-stellen Sie sofort Zurücknahme, wenn nicht geillt, also kein Risiko!

Albert C. F. Quast, Hamburg 25 Gegründet 1892

Verbandsmitglieder bezieh. Ihre Literatur durch die Abteilung Bücher u. Schriften

## Für Selbstrasierer!

Ohne Reizung die Haut rasieren, d. h. die Haut nicht entleiten wie es mit der üblichen Rasierseife geschieht, sondern das natürliche Hauttett erhalten und ersetzen; das erreicht man mit der antiseptischen Hortiflor-Rasierseife mit der Creme-Achse. Der kürzlich gemeldete Todesfall durch Blutvergiftung (Infektion) eines Selbstrasierers läßt es dringlich erscheinen, daß auch Sie sich sofort mit dem neuen Prinzip auf dem Gebiet hygienischer Körperpflege vertraut machen. Schreiben Sie eine Karte an den Hortiflor-Vertrieb, G. m. b. H., Berlin 746, Alexanderstr. 26 und ersuchen Sie um kostenlose und portofreie Ubersendung eines Probestückes Hortiflor-Creme-Seife nebst aufklärender Broschüre über Körperpflege.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Sieben erscheint in siebenter, neubearbeiteter Auflage:

## MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 160000 Artikel auf 20000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen

Band I kostet 30 Mark

Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

## Der Prozeß des Reichspräsidenten

Bearbeitet von Karl Brammer, nebst juristischen Gutachten von Vizekanzler a. D. Friedrich v. Payer, Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Gustav Radbruch, Reichsjustizminister a. D. Eugen Schiffer, Prof. Dr. Hugo Sinzheimer u. a.

Preis 4.— Mark bei portofreier Zusendung

Zu beziehen durch die

Abteilung Bücher u. Schriften

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

## Kollegen!

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unverlangte

Nachnahme-Sendungen, die die Post vorlegt,

nicht eingelöst

zu werden brauchen. Es besteht also keinerlei Verpflichtung, Nachnahme-Sendungen, die nicht bestellt sind, vom Postboten durch Bezahlung anzunehmen.

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Verlagspreis: Amt Motikplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Der Ruhrskandal und die Gewerkschaften.

(715 Millionen an die Ruhrindustriellen — Not und Elend bei den Ruhrarbeitern.)

Während die bürgerliche Presse in ihrem Barmat-Feldzug offenkundig gar nicht die Absicht hat, die moralische Seite in den Vordergrund zu rücken, sondern das große Geschrei anstimmt über die „Korruption der Sozialdemokratie“, um von der eigenen Korruption abzulenken, fragt sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft: Wie war es möglich, daß eine Regierung in dieser unverantwortlichen Weise mit den Millionen wirtschaften konnte in einer Zeit, da nicht nur im Ruhrrevier und in dem besetzten Gebiete, sondern in ganz Deutschland die Not der Arbeiterklasse aus ungeheuerlichsten gestiegen war. Die Rechtspresse hat mit ihrem Barmat-Feldzug offenkundig erreichen wollen und zum Teil auch erreicht, daß nach der Methode „Haltet den Dieb“ die Aufmerksamkeit abgelenkt werden sollte von diesen ungeheuerlichen Geschehnissen der Millionengeschichte an die reichsten Leute Deutschlands. (Thossen besitzt 3. B. über 500 Millionen Goldmark!)

Wir möchten allerdings mit aller Deutlichkeit betonen, daß es die dringendste Aufgabe und Pflicht einer Arbeiterpartei ist, diejenigen „Führer“, die sich im Barmat-Standal irgendwie bereichert oder bloßgestellt haben, alsbald aus dem Parteitempel zu werfen. Es ist für eine Arbeiterpartei ganz unerträglich, daß Elemente im Parlament die Vertretung der Arbeiterchaft haben, die weder die moralische noch die sonstige Qualifikation besitzen. Deswegen sollte nach dem bereits erfolgten Ausschluß Bauers auch die weitere Reinigung so schnell wie möglich vorgenommen werden.

Andererseits dünkt uns bei alledem für die Gesamtarbeiterchaft die Feststellung unendlich wichtiger, wer an dem 715-Millionen-Geschick teilgenommen hat und wie diese ungeheure Bereicherung auf irgendeine Weise wieder rückgängig gemacht werden kann. Die Regierung hat sich mit einer „Ruhrdenkschrift“ bemüht, die Dinge zu bemänteln. Was aber unverständlich bleibt, ist, daß gerade diejenigen Großindustriellen Rheinland-Westfalens, wie Stinnes, aber auch der frühere Innenminister Dr. Farres und andere, welche für eine

„Verfälschungspolitik“ eintraten und damit der Meinung Ausdruck gaben, daß man Ruhr und Rhein „eine Weile“ den Franzosen überliefern müsse, daß diese selben Leute mitentscheidend waren über die Bewilligung der 715 Millionen. Der Drohbrieff Stinnes' vom 20. Oktober 1923, worin er erklärte, „es müsse ein genügender Zeitraum für die Verhandlungen gewonnen werden,

da sonst Rhein und Ruhr dem preußischen und vielleicht deutschen Staatsgebiet abgeschrieben werden müßte“, ist nicht anders aufzufassen als eine Erpressung. Und so kam denn ein sogenannter „Vergleich“ zustande, ohne Befragung des Parlaments. Die rechtsgerichtete, jetzige Reichsregierung erklärt zu ihrer Entschuldigung, daß damals schnell gehandelt werden mußte, daß auf dem Wege des Vergleichs ein bedeutender Nachlaß der Forderungen erfolgt sei und daß auf diese Weise sogar ein finanzieller Vorteil für das Reich erzielt wurde. Anscheinend sind also die Forderungen gleich auf eine Goldmilliarde gegangen!

Interessant ist bei der Begründung der Reichsregierung auch für unsere Staatsarbeiter und beamteten Kollegen die Fest-

stellung der Denkschrift, daß die Kassenlage des Reiches im letzten halben Jahr 1924, als die Zahlung erfolgte, außerordentlich günstig gewesen ist. Wenn unsere Kollegen Forderungen stellten, so wurden sie allemal auf die mifflischen Finanzen hingewiesen! Für die Ruhrindustriellen aber kam es auf 700 Millionen nicht an. Die Regierung entschuldigt sich außerdem damit, daß der Reichstag aufgelöst war und sie sich später Indemnität erteilen lassen wollte. Es verdient als Dokument festgehalten zu werden, wie sich die einzelnen Industriegruppen bereichert haben. Wir setzen deshalb aus der Denkschrift in Spalte 147 die umstehende Tabelle hierher.

Unsere Kollegen werden inzwischen aus der Tagespresse und den Parlamentsberichten ersehen haben, daß die Dinge so schlimm sind, wie sie Deutschland seit vielen Jahren kaum gesehen hat. Auch das Ausland hat sich bereits mit dem Ruhrskandal beschäftigt und mit Recht von einem erfolgten Raubzug gesprochen. In Frankreich hat begreiflicherweise nicht nur in den Kreisen der Arbeiter sich die Entrüstung stark be-

### Proletarisches Glaubensbekenntnis

von Max Dorn.

1. Ich glaube an mein Gutes in mir.
2. Und ich glaube, daß mein Gutes in mir — mein Böses in mir wird zurückdrängen können.
3. Ich glaube an die menschliche Vernunft.
4. Die da alle harten Gesellschaftsformen zur Milde führen wird.
5. Auf daß die Menschen aller Sprachen friedlich nebeneinander wohnen werden.
6. Und daß sie die Produkte ihrer Arbeit friedlich untereinander austauschen werden.
7. Damit Mensch neben Mensch gemeinsam teilnehme an allem Schönen, Wahrhaftigen, Sittlichen und Reinen.
8. Ich glaube an die Gestaltungskraft des Menschengeistes.
9. Ich glaube an die Kühnheit des Menschengeistes.
10. Und ich weiß mich ein Teil der ewig neuwirdenden Fruchtbarkeit.
11. Die da als Weltengeist hinter den Erscheinungen des Lebens leidet, kämpft, ringt und sucht
12. Gleich mir!



Gesamtaufstellung der geleisteten Zahlungen.

Industriegruppe	Gesamter entfaltungsbetrag	Abrechnungszahlungen		Reisumme gemäß Ab- kommen
		in bar bzw. geg. Steuer- anrech- nung	in E-Schlag- an- rechnungen	
in 1000 Gold-Mark				
Ruhrkohle A.-G., umf. Berg- bau, Gürtelindustrie, Kohlen- handelsgesellschaften und die von ihnen vertretenen Kunden	558 000,0	227 000	143 000,0	186 000
Rhein. Braunkohlen-Syndikat	10 604,1	8 854	5 100,0	1 750
Jochen des Wadener Reviers	9 719,5	—	4 252,5	5 548
Braunkohlenzechenbetriebe	4 500,0	2 000	—	2 500
Chemische Industrie	50 000,0	20 000	15 000,0	15 000
Rheinisch-Westfälische (vorausichtlich)	20 500,0	9 200	—	11 300
Wirtschaftsausschuss für die be- stehenden Gebiete (vorausichtlich)	15 000,0	—	—	—
Sonderverfahren (vorausichtlich)	25 000,0	—	—	—
	1.064.022,5	292.054	167.252	222.096

merkbar gemacht über diesen Finanzskandal, sondern auch in nationalistischen Kreisen kommt das Erstaunen darüber zum Ausdruck, daß das stolze Deutschland in einer Zeit, da wir durch das Dawes-Gutachten nun etwas Luft schöpfen konnten, eine solche ungeheuerliche Verschwendung mit Staatsgeldern vor sich ging.

Nun müssen wir unsere Kollegen erneut daran erinnern, daß seit Anfang 1924 die Löhne durchweg heruntergedrückt wurden, die Arbeitszeit vielfach verlängert worden ist und selbst das Arbeitsministerium in seinen Schiedssprüchen und Direktiven eine sozialpolitisch wenig fortschrittliche Haltung einnahm. Alle diese Vorgänge sind in erster Linie unter dem Einfluß der Stirnes-Presse und der Unternehmerrorganisationen erfolgt. Es stellt sich nun auch für den einfachen Arbeiter klar heraus, was die führenden Kreise der Gewerkschaften stets betont haben: Es handelt sich bei der Herabdrückung der Löhne nicht um volkswirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern um den Versuch, die Ohnmacht der Gewerkschaften auszunutzen und mit brutaler Gewalt Vorkriegsstände für die Arbeiter herbeizuführen. Die Herren Großindustriellen haben mit dem Aufstuf der Presse zwar bis jetzt nicht erreichen können, daß die Republik zu einer Monarchie umgewandelt wurde, sie haben aber zum Teil erreicht, daß auch in dieser Republik für sie die Ausbeutung der Arbeiterschaft schier grenzenlos geworden ist.

Allerdings wachsen diese Bäume auch nicht in den Himmel. Mit dem Wiedererstarken der Gewerkschaften, die wir erst seit 3 bis 4 Monaten feststellen können, tritt wieder ein neuer Kraftfaktor in Erscheinung. Und wenn auch die parlamentarische Arbeit zur Ausdeutung des Ruhrstrebens und zur Rechenschaftziehung der Schuldigen nicht erlahmen darf, muß doch auf der andern Seite der wirtschaftliche Kampf den eigentlichen Ausgleich herbeiführen zugunsten der Arbeiterschaft. Mit aller Kraft müssen wir darauf dringen, den Achtstundentag überall wieder durchzusetzen. Alle „volkswirtschaftlichen“ Argumente dagegen haben sich als nichtig und haltlos erwiesen. Sie waren nur zu dem Zwecke aufgebracht, um der brutalen Ausbeutung ein Mäntelchen umzuhängen. Inzwischen ist es denn auch in der Tat den Gewerkschaften gelungen, die Löhne um 30 bis 50 Proz. zu steigern.

Aber das genügt bei weitem nicht, um auch nur ein gesundes Existenzminimum zu erreichen. Die Herren Unternehmervertreter wollen von diesem Existenzminimum nicht gern hören. Sie, die vielfach in einem Existenzmaximum schwelgen können, möchten am liebsten den unheilsollen Lohnzustand von 1923 für die Arbeiterschaft wieder herbeiführen. Das wird ihnen nie und nimmer mehr gelingen.

Die Einigkeit der Arbeiter marschiert. Wenn auch in den Parlamenten die Auseinandersetzungen der beiden Arbeiterparteien noch eine der unerquicklichsten Erscheinungen in Deutschland sind, ist doch auf wirtschaftlichem Gebiet diese Einigkeit in unseren Gewerkschaftsorganisationen gewährleistet worden und keine politische Zentrale irgendwelcher Art wird daran rütteln können.

Aber noch weniger daran rütteln kann der systematische Bergungsfeldzug der bürgerlichen Presse. Wir erwarten vielmehr von allen unseren Kollegen, daß sie fürder kein bürgerliches Blatt in ihrem Hause dulden, und daß sie im Betrieb wie in den Versammlungen die Einigungstendenzen unterstützen, so daß wir dem Kapital mit äußerster Schärfe entgegenzutreten können.

So ungeheuerlich nun auch die Ueberweisung der 715 Millionen an die Ruhrindustriellen ist, in der Gesamtwirkung wird diese Liebesgabenpolitik fast noch übertroffen durch die eigenartige Steuerermethode des jetzigen Bürgerblocks. Es ist eine systematische Begünstigung des Besitzes festzustellen, während vom Abbau der Lohnsteuer noch immer nicht die Rede ist.

Die drei Dachorganisationen, ADGB, IFA und ADA, haben in nachfolgender Rundgebung klar zum Ausdruck gebracht, wie sich die Gewerkschaften zur Steuerfrage und zum Fuhrstrebens zu stellen haben:

Die steuerliche Belastung der breiten Massen schreitet von Monat zu Monat fort. An Lohn- und Gehaltssteuer wurden im Monat März des vorigen Jahres 71 Goldmillionen Mark erhoben. Im Juni waren es schon 98 Millionen Mark, im Oktober 114, im November 119, im Dezember des vorigen Jahres und im Januar 1925 sind es je 126 Goldmillionen Mark gewesen! Wie von uns vorausgesehen, ist die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 50 auf 60 M. monatlich an den Reichseinnahmen spurlos vorübergegangen.

Die Umsatzsteuer hat im Januar den ungeheuren Betrag von über 200 Millionen Goldmark ergeben. Die Zolleinnahmen in Höhe von 52 Millionen Mark für den jüngst vergangenen Monat sind rund 30 Proz. der veranschlagten Jahreseinnahme!

Der Reichsregierung ist ihre Liebesgabenpolitik zugunsten der Ruhrindustriellen nur durch eine beispiellose und ohne jede soziale Rücksicht vorgenommene Belastung der breiten Massen des Volkes möglich geworden.

Jetzt hat die Reichsregierung durch Heben neuer Gesetze vorlagen die „Steuerreform“ angekündigt. Eine Durchsicht der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine skandalöse Begünstigung des Besitzes abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Veranlagung für die Einkommen- und Vermögenssteuern, die Staffeltung soll für die großen Vermögen und Einkünfte günstiger werden als bisher, die Besteuerung der Landwirtschaft möchte man durch ein besonders landwirtefreundliches Organ vornehmen, die Kapitalverkehrssteuern werden auf den Friedensstand herabgedrückt, die Erbschaftsteuer bleibt in ihrer vollen Lächerlichkeit bestehen. — das sind die Steuerreformpläne der Regierung! Soweit zu ihnen bisher schon die Begründungen gegeben worden sind, strotzen sie von Entschuldigungen darüber, daß den Besitzenden im vergangenen Jahr eigentlich zu viel Steuern abgenommen worden seien, obwohl unbestreitbar feststeht, daß die Besitzvermehrung in erheblichem Umfang auf die breite Masse abgewälzt wurden.

Die Regierung wagt es, den Arbeitnehmern als einzige Entschädigung ihrer steuerlichen Last anzubieten, daß derjenige, der mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Proz. statt 1 Proz. in seiner Steuerrechnung einlegen darf. Da die Regierung in ihren Entwürfen und auch bei deren Begründung nicht einmal von einer Herabsetzung der Umsatzsteuer gesprochen hat, so ist anzunehmen, daß sie glaubt, durch späteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet den Volksprotest ablenken zu können.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lauten Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich anspricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung auszubringen gedenkt. Der Finanzausgleich mit den Ländern besteht aus einem Provisorium, das in sechs Wochen abläuft. Die Reichsregierung belagt es fertig, dennoch zu schwelgen.

Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawes-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es:

„Daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen



wäre, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre."

Wo bleibt die Besteuerung der Inflationsgewinne? — Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdienste? — Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden!

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben ihre Stellung zur deutschen Steuerleggebung schon einmal ausführlich begründet. Diese Verhandlungsergebnisse sind auch dem damaligen Finanzminister und augenblicklichen Reichskanzler Dr. Luther übermittelt worden. Das gleiche geschah im Zusammenhang mit dem Sachverständigenrat. Damals ist betont worden, daß die Gewerkschaften nicht zulassen könnten, daß die reicheren Klassen Deutschlands sich etwa nur deswegen den Vorschlägen fremder Mächte unterwerfen, weil sie glauben, bei der Verteilung der Kosten im Innern stark genug zu sein, um sie auf andere abzumwälzen.

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Reichen, der Industriellen und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der Schutzpolitik, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer sichtbar durchgesetzt, von einer kleinen aber mächtigen Schicht der Grundbesitzer gedeckt und durch die verarbeitende Industrie, die heute in einem Hörigkeitverhältnis zu den Rohstoffbesitzern lebt, gebildet wird.

Wirtschaftlicher Anverstand und politische Reaktion vereinigen sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rücken!

### Zollfragen und Gewerkschaften.

Durch die Presse gehen Nachrichten, die die Einbringung eines Zollgesetzentwurfes ankündigen. Die ablehnende Haltung der Arbeiterklasse gegenüber den Getreidezöllen sucht man zu überbrücken durch die Schaffung von Industriezöllen. Der Zweck dieser Umstellung der Agrar- und Industriezölle ist durchsichtig genug. Gegen die Einführung von Getreidezöllen sind von den Gegnern, die sich auch auf eine Anzahl bekannter Nationalökonomien stützen, genügend Argumente vorgebracht worden, die die Unzweckmäßigkeit der Getreidezölle beweisen. Die große Masse des Volkes weiß, daß die Einführung von Getreidezöllen eine Erhöhung der Löhne zur Folge haben muß und dadurch eine Verteuerung aller Waren stattfindet. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung hätte davon keinen Nutzen, weil die Mehreinnahme wieder für die verteuerten Industrieprodukte, landwirtschaftliche Maschinen usw. verwendet werden muß. Rühmlicher sind einzig und allein die Großagrarier. Man will jetzt nun versuchen Industriezölle, vor allem Eisenzölle zu schaffen, um damit die Notwendigkeit der Agrarzölle zu beweisen. Arm in Arm gehen Großagrarier und Industriebesitzer in dieser Frage. Es ist ohne Zweifel, daß, wenn erst Industriezölle eingeführt werden, Getreidezölle folgen. Beide Zollarten sind nicht voneinander zu trennen. Für die Arbeiterklasse ist die Frage klar: Ablehnung der Agrarzölle und Abbau der Industriezölle.

Immerhin lohnt es sich, auf das Wesen der Zölle einzugehen. In vielen Köpfen ist die Ansicht vorhanden, daß die Arbeiterklasse alle Zölle ablehnen muß. Diese Ansicht ist durchaus irrig. Es wäre dann zu verzeichnen, daß bei prinzipieller Ablehnung der Zölle einzelne Länder entvölkert, andere mit Menschenmassen überschwemmt werden würden. Eine derartige Regelung der Zollfrage wäre erst dann möglich, wenn man die Menschen nach allen Punkten der Welt in beliebiger Anzahl verschieben könnte und es keine abgeschlossenen Staaten mehr gäbe, sondern eine freie Welt ohne jede Grenze. Eine genaue Prüfung der einzelnen Zölle muß deshalb stattfinden. Unbedingt notwendig ist die Steigerung unserer Ausfuhr, um die Reparationszahlungen zu leisten. Oberstes Gesetz unserer Volkswirtschaft muß es deshalb sein, unsere Zahlungsbilanz wieder aktiv zu gestalten. Während der Inflationszeit hatten wir eine ungeheuer vermehrte Ausfuhr. Man redete im Ausland, hauptsächlich in England, von einem Valutadumping (Dumping = die Ware im Ausland billiger als im Inland verkaufen). Die Waren wurden zum großen Teil ohne Verdienst an das Ausland verkauft, um dadurch eine größere Produktion zu haben, getreu dem Grundsatz, daß vergrößerte Produktion die Ware verbilligt. Der

Verdienst wurde deshalb im Inland gesteuert und vernünftige Fabrikanten haben diesen Profit zum Ausbau und zur Verbesserung ihrer Betriebe verwandt. Die meisten haben es aber für nichtwendiger gehalten, das Geld in das Ausland zu verschieben oder Sachwerte zu hamstern. Jetzt zwingt die Rückständigkeit ihrer Betriebe sie dazu, Industriezölle zu verlangen, um vom Ausland nicht vom Markt verdrängt zu werden.

Im Januar trat nun eine vollkommene Aenderung unserer Handelsbeziehungen zu der Welt ein. Die Meistbegünstigung, die uns der Versailler Vertrag brachte, ist abgelaufen. Die Folge waren die Abschlüsse, oder das Abschließen von vorläufigen Uebereinkommen, neuer Handelsverträge. Diese bezwecken eine Erleichterung der Handelsbeziehungen. Der Staat kann Kontingente (d. h. bestimmte Mengen) festsetzen, die ein- und ausgeführt werden können, oder Ermäßigungen der Zollsätze, die in dem Generaltarif für alle Waren festgelegt sind, vornehmen. Man unterscheidet Ein- und Ausfuhrzölle. In einem modernen Staat gibt es keine Ausfuhrzölle. Sie könnten eventuell möglich sein bei Nahrungsmitteln und Rohstoffen (im Falle eines Krieges). Des weiteren gibt der Finanz- und Schutzzölle. Finanzzölle werden leblich verwandt, um die Kassen des Staates zu füllen. Finanzzölle ruhen auf Kaffee, Tee, Kakao, Tabak usw.

Die wichtigste Art der Zölle sind die Schutzzölle. Man will durch sie die eigene Produktion vor ausländischer Konkurrenz schützen, um die Profitrate recht hoch zu halten, die Betriebe zu vergrößern, damit sie in die Lage kommen, das Land selbst zu versorgen, oder um auf dem Weltmarkt vorherrschen zu können. Unsere Vertreter im Reichstag mühten sich scharf abzuwägen, ob die Zölle diesen Zwecken dienen sollen oder der Allgemeinheit zugute kommen. Ist z. B. eine Industrie technisch im Rückstand gegenüber der ausländischen, so muß man unbedingt Schutzzölle verweigern, weil sonst ein Stillstand in der Entwicklung der einheimischen Industrie eintreten würde, weil sie durch die Zölle nicht darauf angewiesen sein würde, ihre Produktion zu verbessern. Diese Art der Ablehnung nennt man Erziehungsfreihandel. Andernteils kann es aber auch im Interesse des Gesamtvolkes liegen, eine aufsteigende, frisch ersiehende Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, um sie hochzuziehen. Hier wird es selbstverständlich sein, daß man dieser Industrie Zölle bewilligt (Erziehungszölle).

Diese Voraussetzungen kommen aber für die deutsche Industrie nicht viel in Frage. Voraussetzung zum Ausblühen unserer Wirtschaft ist: verbesserte Produktion. Diese erzielt man nicht durch Zölle, sondern durch Freihandel. Mögen die Industriellen ihre Gewinne und Dividenden etwas verringern, dann wird schon die Möglichkeit bestehen, am Weltkonkurrenzkampf teilzunehmen, zumal die Entlohnung des deutschen Arbeiters die aller schlechteste ist, und darum ihre Stellung gegenüber dem übrigen Weltkapital unbedingt begünstigt ist. Die Klagen unserer Wirtschaftsgenossen über allzu hohe Steuern sind Thrasen. Die neue Regierung Luther wird leider ohnehin das Ihrige tun, die Besten noch mehr zu schonen. Deshalb: Hinweg mit den Hochschützöllen, her mit dem Freihandel, damit die deutsche Wirtschaft recht schnell in der Lage ist, Produktionsmethoden und — Mittel anzuwenden, die die deutsche Wirtschaft wieder führend in der Welt erscheinen lassen. Erich Eichhorn.

### Der R.M.L.-Gemeindearbeiter ist noch zu gut.

Diese kurze Formel war der Schlusssatz der dreitägigen Verhandlungen mit dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden zwecks Abschlußes des R.M.L. Es hat dort eine Arbeitgebervereinigung mit uns verhandelt, die grundverschieden sein sollte von der Vereinigung der privaten Arbeitgeberverbände. Die Verschwiegenheit liegt darin, daß sie ihr Mandat nicht von einer kleinen kapitalistischen Interessengruppe, sondern von der gesamten Bevölkerung der deutschen Gemeinden erhalten hat. Die Zusammenlegung des Reichsarbeiterverbandes hätte ohne weiteres erwarten lassen, daß endlich einmal dem gesamten Unternehmertum der Weg gezeigt würde, der in bezug auf Sozialpolitik den Arbeitern gegenüber zu gehen ist. Nichts von alledem war zu verspüren. Sind dem Reichsarbeiterverband nicht die Stimmen der ernsthaft denkenden Sozialpolitiker bekannt, die dringend einen Schutz der Arbeitskraft verlangen? Ist man achtlos vorübergegangen an den Schriften über Arbeitswissenschaft, über Psychologie und Physiologie, soweit der Arbeitsprozeß in Frage kommt? Man sollte sich doch endlich von der Aufzählung freimachen, diktieren zu können, wie es beliebt. Hat man noch nicht erkannt, daß die starre Gewaltanwendung von seiten des

Unternehmertums Schiffbruch erlitten hat? Will man an Methoden festhalten, die längst überholt sind? Was sagen die Bevölkerungskreise dazu, deren Beauftragte mit uns verhandelt haben? Hat die Bevölkerung der deutschen Gemeinden ihre Vertreter beauftragt, Vorspanndienste für das Privatkapital zu leisten, unter deren Auswirkungen dann die arbeitende Masse so fürchtbar zu leiden hat?

Welche Inkonsequenz liegt doch zwischen den Tarifverhandlungen von Berlin und den Auseinandersetzungen, die jetzt zwischen Reich und Gemeinden wegen der Verteilung der Reichssteuern stattfinden. Die Vertreter der Gemeinden machen geltend, daß die Ausgaben für Wohlfahrtsunterstützung von 1,5 Proz. der Vorkriegszeit auf rund 7 Proz. der Jetztzeit gestiegen sind. Was ist denn die Ursache dieser abnormen Steigerung? Ist den Städtevertretern nicht bekannt, daß das Steigen der Wohlfahrtsziffer zum großen Teil durch die ungenügende Entlohnung und die schlechten Arbeitsverhältnisse innerhalb der Privatindustrie hervorgerufen wird? Hat man noch nicht untersucht, wieviel Arbeiter oder Arbeiterinnen trotz ihrer Beschäftigung noch Unterstützung in Anspruch nehmen müssen? Will man nicht endlich das gesamte Unternehmertum zwingen, den arbeitenden Schichten ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, oder soll dies zum Teil auf Kosten der Wohlfahrtspflege geschehen? Anstatt das Uebel an der Wurzel zu fassen und die Profitrate durch Erhöhung der Löhne zu beschneiden, läßt man die öffentliche Fürsorge eingreifen und die Kosten tragen. Wäre es nicht urenigste Pflicht der Gemeindeverwaltungen, da sich das Unternehmertum weigert, seine Pflichten zu erfüllen, hier durch den Reichsarbeitsgeberverband bahnbrechend voranzugehen und dadurch das private Unternehmertum zu zwingen, bessere Verhältnisse zu schaffen? Nichts von alledem. Man hält es für besser, mit dem privaten Ausbeutertum in einer Front zu marschieren.

Aber die Vertreter des Reichsarbeitsgeberverbandes sollen sich nicht täuschen über ihre Taktik und deren Folgen. Sind schon die davon betroffenen Arbeiter empört über das Verhalten des Reichsarbeitsgeberverbandes, so kommt noch dazu, daß selbst die einsichtsvolle Öffentlichkeit gezwungen wird, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Wenn sich schon der katholische Klerus gegen die Praxis der deutschen Unternehmer wegen der Lohngestaltung in einem öffentlichen Aufruf wendet, so zeigt dies deutlicher als alles, wie schlecht die Lage der arbeitenden Massen geworden ist. Der Aufruf ist in Essen erschienen und hat folgenden Wortlaut:

„Essen, 31. Januar 1925.

**Der katholische Klerus an die Unternehmer.**

Die Pfarrseelsorger der drei Düsseldorf-er Stadtbezirke beschließen, wegen der gesundheitslichen und sittlichen Gefährdung der breiten Volksmassen folgenden Aufruf an die Arbeitgeber der privaten, kommunalen und staatlichen Betriebe zu richten:

Die gesundheitslichen Schädigungen und erschreckenden Folgen auf sämtlichen Gebieten, die infolge der wirtschaftlichen Not, verbunden mit dem herrschenden Wohnungselend, in der Arbeiterschaft immer wieder festgesetzt werden, veranlassen uns, folgende Bitte an die Arbeitgeber zu richten:

Die Arbeitgeber möchten an erster Stelle alles ausbieten, um das Einkommen der Arbeiter zu steigern. Es dürfen keine Löhne vorkommen, die nicht für die einfachen Lebensnotwendigkeiten ausreichen. Der gegenwärtige Zustand erfüllt uns mit den schwersten Sorgen für Ruhe und Ordnung. Gesunde und sittlich hochstehende Menschen sind das kostbarste Vermögen eines Volkes, und solche Menschen sind auch die unentbehrlichste Voraussetzung für einen wirklichen Wiederaufbau. Ein schreckbares wirtschaftliches Niederrumpfen auf den Trümmern der Gesundheit und Sittlichkeit der breiten Masse ist kein Wiederaufbau, sondern der Ruin der ganzen Nation usw.“

Sollte dieser Aufruf nicht zu denken geben? Aber weiter. Glaubt man wirklich auf der Gegenseite, daß durch derartige Maßnahmen die städtischen Betriebe gesunden, wenn die Arbeiterschaft Jahr für Jahr Verschlechterungen ihrer tariflichen Verhältnisse hinnehmen soll? Wenn schon die gemeindlichen Betriebe sich wieder vollständig von den verheerenden Wirkungen der Inflation erholen sollen — und das ist auch Wunsch der Arbeiterschaft —, dann wird das auf die Dauer nur möglich sein, wenn man auch für eine ausreichende Erholung der Arbeitskraft der Arbeiter Sorge trägt. Es liegt durchaus im Interesse der gemeindlichen Betriebe, wenn der Reichsarbeitsgeberverband den Auffassungen und Forderungen der Arbeiterschaft mehr Rechnung trägt. Geschieht dies nicht, dann muß logischerweise die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter darunter leiden. Ist jedoch bei der Arbeiterschaft keine Arbeitsfreude vorhanden, sangt der gemeindliche Arbeiter an, dem Gedanken der Gemeinwirtschaft gleichgültig gegenüberzustehen, dann ist es vorbei mit der Wirtschaftlichkeit der kommunalen Betriebe. Ist die Herbeiführung eines solchen Zustandes etwa Absicht bei den prominenten Vertretern der deutschen Städte? Will man auf diese Art und Weise zeigen, welche gute Bundesgenossen das private Unternehmertum im Reichsarbeits-

geberverband hat, wenn es gilt, den gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen den Weg zu verbauen? Wir warnen die maßgebenden Herren des Reichsarbeitsgeberverbandes vor einer solchen Politik. Die Arbeiterschaft ist gewarnt und wartet das Ergebnis der kommenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsgeberverband in Ruhe ab. Sollten die Vertreter des Reichsarbeitsgeberverbandes auf ihrem Standpunkt beharren, dann müssen sie auch die Verantwortung für die dann eintretenden Folgen übernehmen.

Emil Döherl-Beipzig.

**Neuwahl und Tätigkeit der Betriebsvertretungen.**

III.

(Schluß.)

In den Betriebsräteversammlungen werden oft Klagen geführt, daß die Betriebskollegen verschiedener Betriebe der Tätigkeit ihrer Betriebsvertretungen nur geringes oder gar kein Interesse entgegenbringen. Mögen diese Art Klagen auch manchmal berechtigt sein, so beweisen die angestellten Untersuchungen und Erfahrungen, daß die Schuld für die Interesslosigkeit der Betriebskollegen meistens auf das Konto der Betriebsvertretungen zu buchen ist. Beweisen doch die Untersuchungsergebnisse, daß die Arbeitnehmer einzelner Betriebe von ihren Betriebsvertretern nicht unterrichtet werden über die Betriebsvorgänge, die unmittelbar oder mittelbar das Arbeitsverhältnis beeinflussen. Wie im Eheleben der mitunter mangelhafte Genaustausch zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern häufig zu Zerwürfnissen führt, so muß das Nichtauflären der Betriebskollegen an der Betriebsvertretungstätigkeit in der Tendenz die gleiche Wirkung zeitigen!

Die Betriebsvertretungen müssen etwas psychologisches Verständnis aufbringen, d. h.: sie müssen sich hineinleben in die seelische Verfassung ihrer Betriebskollegen! Hat doch der Kapitalismus eine überaus unglückliche Umwertung geschaffen. Die Besitzer des Kapitals kaufen nicht nur Waren aller Art, sondern auch menschliche Arbeitskraft! Die menschliche Arbeitskraft ist Erzeuger aller Werte! Das Unternehmertum ist sich dessen auch bewußt; trotzdem steht der Wert der menschlichen Arbeitskraft in der kapitalistischen Kalkulation an letzter Stelle! Bei der Preisfestlegung eines Produkts wird eine bestimmte Summe für den Verschleiß der Maschinen einkalkuliert, um die Möglichkeit zu erhalten, verbrauchte Maschinen neu zu ersetzen. Ist es den Lohnarbeitern auch möglich — unter dem gegenwärtigen Zustand der Gesamtwirtschaft und der Machtverhältnisse der Gesellschaftsklassen Deutschlands — bei den Verhandlungen mit dem Unternehmertum über den Preis der Ware „Arbeitskraft“ eine Summe für den Verschleiß ihrer Arbeitskraft und der damit im Zusammenhang stehenden langamen Opfern der Gesundheit einzukalkulieren? Die Unternehmer in ihrer bisherigen Einstellung haben nur ein Interesse an der gegenwärtigen Leistung der Lohnarbeiter! Die gesetzlichen Mittel — z. B. die Auslegung des § 123 der Reichsgewerbeordnung — ermöglichen der Unternehmern, durch Einhaltung der Kündigungsfristen sich der abgearbeiteten Arbeitnehmer zu entledigen. Hier offenbart sich das „soziale“ Verständnis! „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen“ — und der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen!

Die Profitinteressen einer kleinen Schicht von Menschen und die kapitalistische Produktionsweise führen zur seelischen Verkümmern der Arbeiterklasse und drücken sie herab zu Lohnknechten. Hier sind die Ursachen, die in ihrer Wirkung zu der Interesslosigkeit der Arbeitnehmer an den Betriebsvorgängen und damit an der Gesamtwirtschaft führten! Das festzustellen ist notwendig; zum Verständnis der seelischen Verfassung der Arbeitnehmer und zur richtigen Beurteilung des kapitalistischen Unternehmertums!

Neben dieser Umwertung menschlicher Arbeitskraft, menschlicher Bedürfnisbefriedigung und menschlichen Zusammenlebens — erzeugte der Kapitalismus selbst die Kräfte, die nach einer Umgestaltung der kapitalistischen Weltordnung drängen!

Konnten in der Vorkriegszeit die in der Arbeiterschaft schlummernden Energien nicht zur Auswirkung kommen, und ist dem Unternehmertum gegenwärtig Hauptaufgabe: die Energien der Arbeiterklasse wieder zurückzudrängen, so ist vornehmste Aufgabe der Betriebsvertretungen: das Vorgehen der Unternehmer zu unterbinden! Soll dieses ermöglicht werden, so bedarf es der engsten Zusammenarbeit aller Arbeitnehmer, die an der Beseitigung der kapitalistischen Weltordnung interessiert sind!

\* \* \*

Im 2. Artikel sind die wichtigsten Organe angegeben, die für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Arbeitnehmer im Betrieb von Bedeutung sind. Die Pflichten und Rechte der Betriebs-

vertret...  
BAG...  
erord...  
beiten...  
ist nat...  
D...  
§§ 66...  
tätige...  
tam...  
auf...  
biete...  
gaben...  
Betrie...  
Komm...  
und G...  
obacht...  
sionen...  
ihren...  
Spre...  
sigung...  
D...  
Die I...  
gewer...  
wache...  
Betrie...  
ten m...  
Geman...  
um E...  
der...  
über...  
Betrie...  
Damin...  
tratie...  
Verh...  
etrie...  
der...  
kapita...  
schen...  
kraft...  
D...  
Ne de...  
4...  
3...  
1...  
schaft...  
wend...  
unser...  
nange...  
das k...  
sich...  
wurde...  
Stelle...  
die I...  
Berie...  
wolle...  
recht...  
tariff...  
gesetz...  
Veret...  
für d...  
nicht...  
1. W...  
tät, ...  
betrie...  
wirk...  
5. S...  
geste...  
meine...  
Einst...  
schaft...  
Staa...  
rat.



vertretungen, die sich in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit aus dem BRG. ergeben und nach der Betriebsart ihre Gestaltung erhalten, erfordern zur richtigen Erfüllung eine Geschäftsführung, die ein Arbeiten des Betriebsrats im Interesse seiner Betriebskollegen ermöglicht. Die dort angegebene Zahl von 7 Betriebsratsmitgliedern ist natürlich nur ein Beispiel.

Die Fülle der Aufgaben der Betriebsvertretungen aus dem BRG. §§ 66 und 78 machen eine Arbeitsteilung in der Betriebsvertretungstätigkeit der Betriebsvertretungen zur Pflicht. Die Arbeitsteilung kann u. a. erfolgen nach den Aufgaben der Betriebsvertretungen auf arbeitsrechtlichem, betriebswirtschaftlichem und hygienischem Gebiet. Zur Ausbreitung und richtigen Erledigung der gestellten Aufgaben müssen die Ergänzungsmitglieder und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute praktisch und theoretisch mitarbeiten. Die einzelnen Kommissionen haben die zu ihrem Arbeitsgebiet gehörenden Fragen und Gesetze zu bearbeiten. Dadurch wird eine Schärfung der Beobachtungen an allen Betriebsvorgängen möglich. Die Kommissionen müssen aber auch einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit ihren Betriebskollegen herbeiführen. Diesem Zwecke dienen die Sprechstunden, die gesetzlichen und erweiterten Betriebsvertretungs-sitzungen und die Betriebsversammlungen.

Die Gesamtwirtschaft setzt sich zusammen aus Einzelwirtschaften. Die Arbeitnehmer der Einzelwirtschaften haben sich vereinigt zu gewerkschaftlichen Organisationen — und gewerkschaftliche Erfolge wachsen mit der Kraft der Organisationen! Die Beobachtungen der Betriebsvertretungen der Einzelwirtschaften können den Gewerkschaften wertvolles Material liefern zur Feststellung der Struktur der Gesamtwirtschaft und der Möglichkeit, Kämpfe erfolgreich zu führen: um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Ausbau der Rechte der Betriebsvertretungen. Deshalb muß der Gedankenaustausch über die Betriebsvorgänge zwischen den Arbeitnehmern und ihren Betriebsvertretern erweitert werden mit den Gewerkschaftsvertretern. Damit ist der Weg dargestellt, der zur funktionalen Betriebsdemokratie führt, einer Betriebsdemokratie, wie sie unter den vorhandenen Verhältnissen durchgeführt werden kann! Die funktionelle Betriebsdemokratie ist Mittel zum Zweck, nämlich: Erweckung der in der Arbeiterklasse schlummernden Energien zum Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum und zur Umgestaltung der kapitalistischen Weltordnung — zur neuen Umwertung menschlicher Arbeitskraft durch den Sozialismus!

Arbeiten die Betriebsräte im vorgetragenen Sinne, dann leisten sie der gesamten Arbeiterbewegung wertvolle Dienste.

W. Schapitz, Leipzig.

## Bildungsarbeit in der Filiale Dresden.

Die Unbillen der Zeit gestatteten es mehrere Jahre den Gewerkschaften nicht, intensive Bildungsarbeit zu leisten. Daß sie notwendig ist, wird niemand bestreiten. Bereits Anfang 1924 holte unser Bildungsausschuß zu einer Bildungswoche aus, aber die Finanzen der Filiale verboten sie. Endlich, im Januar 1925, konnte das lange geplante Vorhaben ausgeführt werden; Trotdem machten sich starke Einschränkungen des ursprünglichen Planes nötig. Es wurde zu weit führen, wenn den vortrefflichen Vorträgen an dieser Stelle ein Bericht gewidmet würde, obwohl dieses Wissenswerte an die Leser unserer Zeitung zu übermitteln wäre. Und allzu kurze Berichte verweisen zu leicht die große Linie des Vortrages. Deshalb wollen wir nachstehend nur die Vortragsdispositionen aufzeichnen:

Am 18. Januar referierte Kollege Beck über das „Arbeitsrecht“: Geschichtliches über den Arbeitsvertrag — Stellung der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Arbeitsrecht — Koalitionsrecht — Tarifvertrag — Schlichtungswesen — Betriebsvertretung — Sondergesetze, Arbeitszeit, Schwerbeschäftigtenchutz — Arbeitsgerichte — Vereinheitlichung und Ausbau.

Am 19. Januar sprach Kollege Dittmer über das besonders für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen wichtige Thema: „Wirtschaft in Gemeinde- und Staatsbetrieben“: 1. Wirtschaft der Gemeinde. Wertbetriebe: Gas, Wasser, Elektrizität, Kanalisation. Verschiedene Werke. 1a. Kreis- und Provinzbetriebe. 2. Wirtschaft des Staates. 3. Reichswerke und Reichswirtschaft. 4. Entkommunalisierungsbestrebungen. Gründe. Resultate. 5. Sozialisierungsbestrebungen. 6. Ruheanwendung: Beamte, Angestellte und Arbeiter in öffentlich-rechtlichen Betrieben.

Kollege Kuntner beantwortete am 20. Januar die allgemeine, aber leider noch nicht genügend bekannte Frage: „Welchen Einfluß hat die arbeitende Bevölkerung auf die Gestaltung der Wirtschaft und Politik?“. 1. Geschichtlicher Überblick. 2. Volk und Staat. 3. Die Reichsverfassung. 4. Reichstag und Reichswirtschaftsrat. 5. Landesverfassung, Länder und Gemeinden. 6. Die Macht-

mittel der organisierten Arbeiterkraft im Staate. 7. Aufgaben, Aufgabe und Ziele der Arbeiterorganisationen.

Am 25. Januar sprach der Leiter des Leipziger Volksbildungsausschusses, Genosse Dr. Herberg über „Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft“: 1. Der Nahrungsspielraum des deutschen Volkes nach dem Kriege. Volkswirtschaft und Friedensvertrag, Deutschland als Arbeitsstätte. 2. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Konkurrenz und politische Herrschaft, Konkurrenz und Handelspolitik, Konkurrenz und soziale und steuerliche Belastung. Lohn und Preis. 3. Die Reparationslast. Das Londoner Abkommen, der Staatshaushalt, die Lastenverteilung und die Gewerkschaften.

Den Abschluß der Bildungswoche bildete ein am 28. Januar von Herrn Dr.-Ing. Kiedel gehaltener Vortrag über: „Die Betriebsorganisation in der Gegenwart“: Ziele der Betriebsorganisation — Uebliche Organisationsformen — Strömungen in neuerer Zeit — Taylor, Psychotechnik, Ford — Die wissenschaftliche Erforschung der Arbeit — Ausblick.

Die Teilnahme war kostenlos, die Besucherzahl stabil. Besonders waren es die Funktionäre, die als regelmäßige Besucher zu sehen waren. Und das sollte auch der Zweck der Bildungswoche sein. Die Säulen, auf denen die Organisation ruht, müssen stark sein. Erst wenn diese gefestigt sind, ist es möglich, alle Unbillen der Inflationszeit zu überwinden. Die Inflationszeit war nicht allein eine Zeit der materiellen Verarmung, sondern auch eine Zeit der geistigen Armut, worunter wir heute noch sehr leiden. Aus ihr herauszukommen, muß unser aller Ziel sein. Die Mitgliedschaft der Dresdener Filiale hat es erkannt, sie beschloß in der letzten Generalversammlung bis auf weiteres die Erhebung eines monatlichen Bildungsbeitrages von 10 Pf., sie hat bereits im vergangenen Jahre auf ihre Kosten eine kleine Zahl von Kollegen zur hiesigen Betriebsratschule delegiert und wird demnächst an ein weiteres großzügiges Bildungsprogramm herantreten.

## Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Anrechnung von Beitragswochen in der Invalidenversicherung. Der Reichsarbeitsminister hat folgende Verordnung vom 7. Februar 1925 erlassen:

Auf Grund des § 1279a Satz 1 der Reichsversicherungsordnung wird mit Zustimmung des Reichsrats verordnet: Als Pflichtbeiträge gelten auch die vollen Wochen, in denen der Versicherte aus den besetzten und den Einbruchgebieten des Lebens ausgeschieden oder aus gleich zwingenden Gründen verdrängt war, längstens bis zum Ablauf der letzten vollen Woche desjenigen Monats, in welchem dem Versicherten die Rückkehr möglich war. Diese Vergünstigung gilt nicht für die Wochen, in denen der Versicherte im unbesetzten Gebiet versicherungspflichtig beschäftigt war. Diese Wochen werden nur bei denen berücksichtigt, die vorher berufsmäßig nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt das Nähere über die Befreiung der Ausweisung oder Verdrängung und über einen Vermerk hierüber bei der Aufrechnung der Leistungszeiten.

Anrechnung von Beitragsmonaten in der Angestelltenversicherung. (Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 7. Februar 1925):

Auf Grund des § 170 Abs. 5 Satz 1 der Angestelltenversicherungsordnung wird mit Zustimmung des Reichsrats verordnet: Als Beitragsmonate für die Erfüllung der Wartezeit (§ 53) für die Erhaltung der Anwartschaft (§ 54) und als Vormonate für die freiwillige Versicherung (§ 21) (Ersatzzeiten) rechnen nach Entrichtung mindestens eines Beitrags auch ohne weitere Beitragsleistung die Kalendermonate, in denen der Versicherte aus den besetzten und den Einbruchgebieten des Lebens ausgeschieden oder aus gleich zwingenden Gründen verdrängt war, längstens bis zum Ablauf desjenigen Monats, in welchem dem Versicherten die Rückkehr möglich war. Diese Vergünstigung gilt nicht für die Monate, in denen der Versicherte im unbesetzten Gebiet versicherungspflichtig beschäftigt war. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt das Nähere über die Befreiung der Ausweisung oder Verdrängung. Die Befreiung gilt als Ersatzzeit und ist bei der Aufrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

Für eine städtische Baugewerkschaft m. b. H. ist die städtische ständige Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft zur Einbehaltung von Betriebsunterschieden zuständig, auch wenn alle Geschäftsanteile der Gesellschaft im Besitze der Stadtgemeinde sind und die Stadt Versicherungsträger der von ihr in eigener Regie ausgeführten Bauarbeiten ist. Eine Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft hat: die in U. bestehende städtische Baugewerkschaft m. b. H. in ihr Betriebsverzeichnis aufgenommen. Hiergegen hatte die Gesellschaft beim Oberverwaltungsamt Beschwerde eingelegt mit der Begründung, da die sämtlichen Geschäftsanteile der Gesellschaft sich in Händen der Stadtgemeinde befänden und die Leitung der Gesellschaft ausschließlich von Organen der städtischen Verwaltung geführt werde, sei als Unternehmerin die Stadtgemeinde selbst anzusehen. Diese sei aber für ihre als Eigenbauten ausgeführten Bauarbeiten als Versicherungsträger für



leistungsfähig erklärt und dadurch von der Zwangsmittelhaftigkeit in der Bauergewerkschaft befreit. Gegen die die Beschwerde zurückweisende Entscheidung des Oberversicherungsamtes legte die Städtische Bauergewerkschaft weitere Beschwerde an das Reichsversicherungsamt ein. Die weitere Beschwerde ist zurückgewiesen worden.

Gründe: „§ 628 AVO. trifft eine Sonderregelung nur für die Bauarbeiten, die eine Gemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts als Unternehmerin ausführt. Durch die Errichtung der Städtischen Bauergewerkschaft m. b. H. in L. ist aber eine neue von der Stadt L. verschiedene Rechtspersönlichkeit des Privatrechts geschaffen worden, die allein Träger derjenigen Rechte und Pflichten ist, die sich aus den namens der Gesellschaft unternommenen Baugeschäften ergeben. Der Umstand, daß die Stadt Inhaberin aller Gesellschaftsanteile ist, ändert daran nichts. Unternehmerin der von der „ausgewählten“ ausgeführten Bauarbeiten ist nicht der öffentliche Gemeindeverband der Stadt L., sondern die Städtische Bauergewerkschaft m. b. H., die als solche kraft Gesetzes Mitglied der öffentlich-rechtlichen Bauergewerkschaft ist.“ (Grundständige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 3. 9. 1923 Nr. 3. 1B 167, 23.)

• Aus der Spruchpraxis •

Entscheidung des Zentralausschusses über den Begriff „dienstplanmäßige Sonntagsarbeit“ (§ 7 Ziffer 2 RMT.). Von Arbeitgeberseite wurde in einem Falle der Begriff der „dienstplanmäßigen Sonntagsarbeit“ (§ 7 Ziffer 2 RMT. — Gemeindegewerkschaft) so ausgelegt, daß als dienstplanmäßige Sonntagsarbeit alle Arbeiten zu verstehen sind, die auf Grund eines Dienstplanes in periodisch wiederkehrenden Zeitabschnitten zu leisten sind, ohne Rücksicht darauf, ob die tariflich geregelte allgemeine wöchentliche Arbeitszeit dabei überschritten wird oder nicht. Wenn also z. B. bei einer Stadtverwaltung die tariflich festgelegte Arbeitszeit 51 Stunden pro Woche beträgt und ein Arbeiter des Gaswerkes, nachdem er an den 6 Werttagen diese 51 Stunden bereits geleistet hatte, in regelmäßig wiederkehrenden Zeitabschnitten (z. B. jeden dritten oder vierten Sonntag) die Elektromotore während des Sonntags nachzulassen und Instandzusetzen hatte, so sollte diese Arbeit nach der Auffassung des Arbeitgebers dienstplanmäßige Sonntagsarbeit im Sinne des § 7 Ziffer 2 RMT. und daher nur mit 25 Proz. Zuschlag zu vergüten sein. Tatsächlich handelt es sich aber bei dieser Sonntagsarbeit um Ueberstundenarbeit bzw. Sonntagsarbeit, für welche nach § 7 Ziffer 3 RMT. ein Zuschlag von 50 Proz. zu zahlen ist. Daran ändert auch nicht eine dienstplanmäßige Festsetzung dieser Arbeit. Diese unsere Auffassung ist dann auch vom Zentralausschuß bestätigt worden, wobei nachfolgender Fall zugrunde lag: Der Bezirksarbeiterverband Württemberg vertrat den oben angeführten Standpunkt der Arbeitgeber. Unsere Gewerkschaft vertrat mit Recht die entgegengesetzte Auffassung, zumal in dem Bezirksarbeitsvertrag zu § 3 Ziffer 1 (Arbeitszeit) folgende Bestimmung vereinbart worden ist: „Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt 8 1/2 Stunden oder — bei dienstplanmäßiger Regelung — in der Kalenderwoche 51 Stunden . . .“ Da trotz dieses besonders klaren Wortlautes eine Einigung mit dem Bezirksarbeiterverband nicht möglich war, wurde die Bezirkschiedsstelle angerufen, die am 27. November 1924 nachstehende Entscheidung fällte:

„Dienstplanmäßige Ueberstunden sind auch am Sonntag durch einen Zuschlag von 25 Proz. abzugelten.“

Hierzu wurde folgende Begründung gegeben: „Allgemein und landsüblich wird sämtliche Arbeitszeit, die über das tarifmäßige Wochenlohn hinausgeht, als Ueberstunden bezeichnet. Ueberstunden am Sonntag werden mit einem besonderen Zuschlag von 50 Proz. in allen Tarifverträgen abgegolten. Der § 7 Ziffer 2 RMT. schafft aber den Begriff der dienstplanmäßigen Ueberstunden auch am Sonntag. Das ergibt sich aus der Umkehrung des 2. Halbsatzes von § 7 Ziffer 2 aus der negativen in die positive Fassung. — Es wird nicht verkannt, daß derselbe Begriff der Sonntagsüberstunden in Abs. 3 verschieden von Abs. 2 gefaßt ist und eine Klärung statt im Wege der Auslegung im Wege der Vereinbarung erwünscht wäre.“

Während also die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle den Wünschen der Arbeitgeber Rechnung trägt, wird diese Entscheidung jedoch durch die beigegebene Begründung direkt widerlegt. Der einzige Stützpunkt in der Begründung für die Entscheidung ist der letzte Satz im ersten Absatz. Mit dieser „Umkehrung des zweiten Halbsatzes des § 7 Abs. 2 aus der negativen in die positive Fassung“ hat die Bezirkschiedsstelle aber auch gleichzeitig eine Umkehrung des Sinnes und des Wortlautes des Abs. 2 des § 7 überhaupt gemacht. Mit dieser Auslegung will die Bezirkschiedsstelle und auch der Arbeitgeber sagen, daß nur für Sonntagsarbeit, die weder dienstplanmäßig noch Ueberstundenarbeit ist, 50 Proz. Zuschlag zu zahlen sei, also für alle dienstplanmäßige Sonntagsarbeit nur 25 Proz. Der wirkliche Sinn dieser Bestimmung ist jedoch, wie auch selbst aus den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeiterverbandes zu § 7 Ziffer 2 hervorgeht, der, daß hiermit die Bezahlung derjenigen Zeit geregelt werden soll, die in der normalen Wochenarbeitszeit nicht geleistet (eingespart) wurde. Wenn also für eine Arbeit, die Sonntags geleistet wird, dieselbe Zeit an Wochen-

togen nicht gearbeitet wird, so soll für diese Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt werden, da dies weder eine dienstplanmäßige noch eine eigentliche Ueberstundenarbeit ist. Diese Bestimmung nun in dem Sinne der Auslegung der Bezirkschiedsstelle umzubiegen, war denn doch ein starkes Stück. Unsere Gewerkschaft legte selbstverständlich Berufung gegen diese Entscheidung ein. Der Zentralausschuß hat in seiner Sitzung vom 21. Januar 1925 die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle aufgehoben und folgende Entscheidung gefällt:

„Dienstplanmäßige Sonntagsarbeit ist solche Sonntagsarbeit, die auf Grund eines im voraus festgelegten Dienstplanes innerhalb des tariflichen Wochenarbeitsmaßes zu leisten ist.“

Damit ist diese Streitfrage zu unseren Gunsten ausgetragen. Nach dem RMT. ist diese Entscheidung endgültig und daher für alle dem Reichsarbeiterverband angeschlossenen Stadtdarstellungen bindend.

• Gas, Wasser, Elektrizität •

Ein Rundgang durchs Gaswerk. Nicht jeder hat schon Gelegenheit gehabt, sich den Betrieb eines Gaswerks aus nächster Nähe anzusehen. Um ein Bild über den Werdegang des Gases zu gewinnen, führe ich den geneigten Leser im Gange zunächst in den Kohlenbunker. Hier wird die Kohle in Hängebälgen zum Kohlenbrecher geschafft. Die gebrochene Kohle gelangt dann auf den Behältern des Elevators in den Kohlenbunker. — Wir begeben uns bis in die oberste Plattform des Feuerhauses, wo die gebrochene Kohle aus den Behältern des Elevators in den Kohlenbunker fällt. Wir steigen wieder treppab bis zu den Generatoren (Unterfeuer). In einem Generator brennen ungefähr 80 Zentner Koks. Ueber den Generatoren sind auf gewaltigen Trägern und Eisenplatten die Retorten (Gasöfen) aufgemauert. Die Flamme des Unterfeuers zieht nun durch den Schornstein, schlängelt sich um die einzelnen Retorten, erhitzt diese, heizt noch den Ueberhitzerkessel und verschwindet dann wieder im Schornstein. Daß Generatoren, Schornsteine und Retorten aus Schamottsteinen hergestellt sind, ist selbstverständlich. Soll ein Ofen entleert und frisch gefüllt werden, dann werden zunächst die Deckel am oberen Ende der Retorten geöffnet. Der auf Schienen laufende Kotswagen wird unter die zu entleerende Retorte gefahren, durch einen Hebelgriff fällt der untere Retortenverschluß auf, und trochend saugt die entgaste Kohle als glühende Säule in den Kotswagen. Ein Teil der entgasteten Kohle wird zur Nachfüllung des Unterfeuers verwandt, der andere Teil wird unter der Brause abgeführt und gelangt dann zum Kotsbrecher, wo er dann gebrochen und in verschiedene Größen sortiert, zum Verkauf kommt. Nachdem die Retorten unten wieder geschlossen sind, findet die Füllung statt: Ein schrobener Trichter wird unter den Kohlenbunker gehalten, ein Hebelgriff, und der Trichter füllt sich mit Kohle. Ueber der Retorte wird der Trichter geöffnet, und der Inhalt fällt in die glühende Retorte, wo sofort Gas entsteht. Durch einzelne Röhre an den Retorten gelangt das Gas durch die Leertvorlage — wo sich der Leer absetzt — in das Hauptrohr. In der Vorlage dieses Rohres kommen wir in die Räume der Maschinen- und Apparatanlagen. Hier arbeitet die Maschine, die das Gas aus den Oefen saugt und es dann durch Kühler, Wascher und Reiniger nach dem Gasbehälter drückt. In den Waschern wird Ammoniak und Naphthalin aus dem Gas gewaschen. Am Leertbehälter wird der Rest des Leers vom Gas geliehen. Die Kühler werden mit dem gewonnenen Leer oder Ammoniakwasser bereift. In einer besonderen Anlage wird durch Dampf des Benzol dem Gas abgetrieben. Das dazu erforderliche Wasschöpf wird dem Leer abgestillt. In einen großen, mit einer erdartigen Masse gefüllten Kasten (Reiniger) setzt sich Schwefel und der Rest des Ammoniakwassers vom Gas ab; so gründlich gereinigt und gekühlt gelangt das Gas endlich durch den Stationsmesser in den Gasbehälter und von da durch den Druckregler (Fernzündler) an die Verbraucher. Der Gasbehälter besteht aus dem unteren Bassin und mehreren Glöden. Die Glöden ruben ineinander und heben sich mit der Zunahme und senken sich mit der Abnahme des Gases im Behälter. Die Schwere der Glöden verursacht gleichzeitig den Druck in den Leitungen der Verbraucher. Als geschickter Abschluss dient das Wasser rings um die Glöden. Die Tatsache, daß sich die Glöden ineinander schieben, erklärt auch den Umstand, daß sich der Gasbehälter je nach seinem Gasinhalt einmal in hoher, einmal in niedriger Höhe befindet. In einer besonderen Anlage wird das gewonnene Ammoniakwasser destilliert, und das hierdurch gewonnene Produkt wird an Chemische Fabriken abgeleitet. Der zur Destillation erforderliche Dampf wird in großen Dampfkesseln im Verein mit dem Ueberhitzerkessel im Feuerhaus hergestellt. Maschinen, Benzanlage und Heizkörper werden ebenfalls mit diesem Dampf versorgt. So sehr auch das Gas von der Elektrizität in der Beleuchtung heute verdrängt wird — eine Stadt ohne elektrisches Licht von 25 000 Einwohnern verbraucht täglich ungefähr 9000—10 000 Kubikmeter Gas, während dieselbe Stadt mit elektrischem Licht nur 6000—7000 Kubikmeter verbraucht — so wird das Gas doch immer ein unentbehrlicher Rohstoff in der Volkswirtschaft bleiben. Aus 100 Kilogramm Kohle werden 35—40 Kubikmeter Gas gewonnen. In Werken mit Wassergasanlagen ist die Ausbeute noch größer. In Koks wird 68 Proz. der Kohle gewonnen. Die

Mindestausbeute an Benzol beträgt 15 Gramm von einem Kubikmeter Gas oder 15 Kilogramm Benzol von 1000 Kubikmeter Gas. Diezeitig mit 10 000 Kubikmeter Gas werden ungefähr 400 Kilogramm Teer aus der Kohle gewonnen. Neben Ammoniak und Naphthalin enthält die Kohle noch viele Nebenprodukte, die aber nicht in allen Werken ausbeutebetrieben werden. Diese Darstellung zeigt, daß die Verwendung der Kohle zu Gas im volkswirtschaftlichen Sinne in jeder Beziehung von Nutzen ist und somit zu begrüßen ist.

Die Arbeit im Gaswerk ist meistens körperlich schwer, gesundheitsschädlich und mit hoher Verantwortung verbunden. Dies bedingt auch den Gasarbeiter zu längerem Erholungsurlaub und verkürzter Arbeitszeit.

◆ **Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter** ◆

Vorläufiger Abschluß der Verhandlungen über den Manteltarif der Reichsarbeiter. Nach mehrtägigen Verhandlungen ist es gelungen, ein Ergebnis des Manteltarifvertrages zu erzielen, das von den Arbeitervertretern als tragbar für die Annahme durch die Verbandsinstanzen angesehen wird. Der Verbandsvorstand wird zu dem Resultat erst in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen und Beschluß fassen. Das Verhandlungsergebnis bewegt sich im allgemeinen nach den Richtlinien der von der Tarifkommission angenommenen Entschlüsse. Gegenüber der seinerzeit von der Regierung herausgegebenen Vorlage ist es den Arbeitervertretern, allerdings nach schwerem tagelangen Ringens gelungen, eine erhebliche Menge namhafter Verbesserungen durchzudrücken. Eine wesentliche Verbesserung ist erzielt worden in der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen. Danach soll dem Arbeiter jetzt noch auf die Dauer von 12 Wochen der Lohn weiter gezahlt werden in demselben Betrage, den er vor seiner Erkrankung abzüglich der reichsgesetzlichen Leistungen erhalten hat. — Der Urlaubsparagraf erhält folgende Fassung:

Die Dauer des Urlaubs beträgt nach 1 Dienjahr 6 Kalendertage, nach 3 Jahren 9, nach 8 Jahren 11, nach 10 Jahren 14, nach 15 Jahren 14 Kalendertage und für Arbeiter, die mehr als 40 Jahre alt sind, 20 Kalendertage, sofern sie ihren Urlaub aber ungeteilt nehmen, 21 Kalendertage.

Für die nicht voll beschäftigten Arbeiter ist es ebenfalls gelungen, bedeutende Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage zu erzielen. Der frühere § 19. im neuen Tarifvertrag § 21, bleibt in der alten Fassung bestehen mit der Ausnahme, daß an Stelle Werttage im Urlaub Kalendertage gesetzt werden. — Der § 2, der die Arbeitszeit regelt, erhält eine neue Fassung. Es war aber leider nicht möglich, ihn in materieller Hinsicht unseren Anträgen entsprechend zu gestalten, so daß also die Arbeitszeit in der alten Form bestehen bleibt. Da diese Frage aber in engstem Zusammenhang mit den übrigen Arbeitnehmer des Reiches steht, vor allen Dingen mit der Dienstzeit der Beamten zusammenhängt, dürfte sich auch diese Frage im Laufe der Zeit noch zu Gunsten der Kollektivität ändern. Wir haben jederzeit die Möglichkeit, das Arbeitszeitabkommen nach wie vor mit einer Vermehrung Frist zu kündigen. — Erhebliche Verbesserungen sind auch im Lohngruppenverzeichnis eingetreten. Außerdem werden Dienstalterszulagen in zwei Raten von je 2 Pf. pro Stunde gewährt. Der Lohnstarif ist aber noch nicht endgültig verabschiedet, sondern bedarf einer nochmaligen Durchberatung. Ueber das Inkrafttreten des Vertrages ist noch keine Einigung erzielt worden. Da außerdem alle mit dem Reiche bestehenden Lohnstarife gekündigt sind, werden voraussichtlich im Monat März allgemeine Lohnverhandlungen stattfinden. Es wird dann wahrscheinlich der gesamte Lohn- und Manteltarif mit gleichem Termin in Kraft gesetzt.

Der Hauptbetriebsrat beim preußischen Finanzministerium und Ministerium des Innern hielt vom 10. bis 12. Februar seine letzte Sitzung in der Geschäftsperiode ab. In der umfangreichen Tagesordnung war als besonders wichtiger Punkt vorgesehen: „Die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften für die Arbeitnehmer.“ Hierzu wurde vom Vertreter des Ministeriums des Innern mitgeteilt, daß die gekündete Unfallgesetzgebung in absehbarer Zeit eine wesentliche Umgestaltung erfahren werde. Des Reichsarbeitsministerium hat bereits einen Entwurf fertiggestellt, nach dem die Reichs- und Staatsbetriebe als unfallverhütungspflichtig zu betrachten seien. (Wie wir bereits von anderer Seite in Erfahrung bringen konnten, sollen in diesem Entwurf auch die Kranken- und Plebeianstalten erfasst werden, so daß alle Berufsrankheiten, wie Anstedenungen durch Syphilis, offene Lungenentzündung, Verletzung durch Geisteskrankheiten usw. als Unfall anzusehen sind. An letzterem Beschluß hat zweifellos unsere Reichskommission in Dresden einen wesentlichen Anteil.) Da nun zwischen Entwurf und Gesetz noch eine Zeit verstreichen dürfte, muß trotzdem anerkannt werden, daß man nun endlich bemüht ist, die Schäden der sozialen Gesetzgebung insbesondere für die Reichs- und Staatsarbeiter auszugleichen. — Ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Tagung war die Frage der Werkswahlungen. Hier hat die Bauabteilung des Finanzministeriums bisher in ihren einseitigen Verordnungen außerordentlich verwirrend gewirkt, so daß uns eine Anzahl von Beschwerden zugeht. Wir haben in der Sitzung be-

stritten, daß man den Lohnempfängern überhaupt Mieterhöhungen mit rückwirkender Kraft ausbrotionieren kann und uns vorbehalten, jeden Einzelfall gerichtlich auszuklagen. Die Bauabteilung des Finanzministeriums hat in dieser Angelegenheit eine besondere Sitzung mit uns zugelegt, damit die von uns geschiederten Härten vermieden werden. — Des weiteren wurde noch in der Sitzung die Zurückführung in der Besoldungsordnung einer Reihe unserer Kollegen von der Erfahrpolizei im besetzten Gebiete behandelt. Eine Entscheidung konnte nicht herbeigeführt werden, jedoch soll auch in dieser Angelegenheit eine besondere Sitzung mit sämtlichen in Frage kommenden Sachreferenten im Ministerium des Innern stattfinden, um eine Klärung herbeizuführen. — Schon diese wenigen Aufzeichnungen beweisen die Aktiuität des Hauptbetriebsrates in allen einschlägigen Fragen im Interesse der Kollektivität. Es muß daher bei den jetzt stattfindenden Neuwahlen alles versucht werden, diesen Hauptbetriebsrat mit nur freigewerkschaftlichen Kollegen zu besetzen.

◆ **Landstraßenwärter** ◆

Herborn. Am 18. Februar wurde hier eine Wegewärtervereinsammlung abgehalten, die einberufen war von einigen irreführenden Kollegen im Auftrage des gelben Straßenwärterverbandes. Es mußte ausgedehnt werden, daß unser Verband stets für die Interessen der Wegewärter eingetreten ist. Wenn nicht alles erreicht werden konnte, so ist die Ursache in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Der Hinweis, daß im Rheinland höhere Löhne gezahlt werden, wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß dort überall die Löhne höher sind. Eine Ständesorganisation wurde von den Begründern gefordert, wofür wir haben, mit Straßenreinigern und Fensterputzern wollen wir nichts zu tun haben. Dieser Ständesdünkel wird sich recht bald unangenehm bemerkbar bei den Kollegen machen. Aber was fragen die Leute danach, die heute die Bestrauer dieser gelben Organisation sind. Der Hauptreferent Bertram hat es ja verraten, indem er sagte: man kann ja alles auch auf gutem Wege erreichen. Da liegt der Hase im Pfeffer. Jedem Kind will man bei den Behörden kein, einige glauben die Zeit des Kapitalismus sei wieder gekommen, Aufrichtigkeit und gerades Rückgrat, diese Eigenschaften sind überflüssig. Die Hauptfrage ist, wenn man einen persönlichen Vorteil dabei hat, und sei es auch nur dadurch, daß der Herr Vorgesetzte eine wohlwollende Haltung einnimmt. Es geht doch Bertram mit Stolz, daß die Bauärzte Mitglieder der Reichskasse wären, und in einem Schreiben vom Bauamt wird der neuen Organisation keine Schwierigkeit entgegenstellt. Das alles müßte jedem einzelnen zu denken Anlaß geben. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Kollegen den Entschluß recht bald bereuen. Die Stärke der Arbeiterbewegung liegt heute nicht mehr in den kleinen Organisationen, sondern in den Organisationen, die zahlenmäßig eine Macht darstellen, und in denen ein wirtschaftlicher Nachschub einen entscheidenden Einfluß ausübt. Das sind bei uns die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, mit deren Hilfe haben wir auch den Wegewärtern Verhältnisse geschaffen, die zwar noch nicht ausreichend sind, die Wegewärter hätten aber die schon besseren Verhältnisse nie erhalten, wenn nicht die starke Organisation des Gemeindef- und Staatsarbeiterverbandes dahinter gestanden hätte. Recht bald werden die Kollegen zur Besinnung kommen, aber in diesem Zusammenhang sei gesagt, daß das, was verlorengegangen ist, nicht so schnell wiedergeholt werden kann.

◆ **Aus anderer Bewegung** ◆

Elfen. In der gutbesuchten Generalversammlung am 25. Januar wurde vom Kollegen Starke der Kasfenbericht gegeben. Einnahmen aus Beiträgen 521,10 Mk., 70 Proz. davon an die Hauptkasse 364,77 Mk., Einnahmen für die Lokalkasse 156,33 Mk., Ausgaben der Lokalkasse 110,83 Mk., bleibt Kasfenbestand der Lokalkasse 45,50 Mk. Die Vorstandswahlen ergaben: Kollege Günshmann, Vorsitzender, Starke, Kassierer, Hebold, Schriftführer; Vertreter zum Gewerkschaftsstarfel: Günshmann, Starke und Kilian. Zum Schluß wurde aufgefordert der Volksbühne beizutreten.

Karlsruhe. In der gutbesuchten Generalversammlung am 18. Februar erstattete Kollege Koch den Geschäfts- und Kasfenbericht. Es ist uns zur Genüge bekannt, daß die privatkapitalistischen Unternehmergruppen die Stadtverwaltung Karlsruhe und den Bezirksarbeiterverband für Baden bestürmen, mit ihrer Lohnpolitik endlich aufzuhören. Die Herren gehen noch weiter, indem sie oben genannten Instanzen zum Vorwurf machen, daß durch die gegenwärtige Lohnpolitik der Gemeinden die Unbarmhelligkeit und Unzufriedenheit unter den Industriearbeitern sich von Tag zu Tag steigere, lediglich nur deswegen, weil die Gemeinde zu hohe Löhne bezahle. In der Diskussion wurde die Stellungnahme des Arbeiterverbandes einer scharfen Kritik unterzogen. Kollege Althaus erklärte, daß, wenn der ADGB die Volksabstimmung über die Arbeitszeitfrage durchziehen sollte, die SPD. sich an dieser Abstimmung



beteiligten werde. Die alte Ortsverwaltung wurde wieder- und die Kollegen Bohn, Jester und Hofheinz neu hinzugewählt. Nachdem der Beschluß gefaßt war, die Frage des ersten Mai in diesem Jahre wie im vergangenen Jahre zu behandeln, konnte Kollege Fröhlich die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, auch für die Zukunft der Organisation die Treue zu bewahren, die Generalversammlung schließen.

**Schneidemühl.** Das städtische Fuhramt soll wirtschaftlicher gehalten werden. Was Wunder, wenn der Dezernent auf die Wirtschaftspartei schwört. Gegen eine Wirtschaftlichkeit im wirklichen Sinne wird keiner etwas einwenden. Wenn diese sogenannte Reform aber einzig und allein auf Kosten der Beschäftigten geschehen soll, muß sie abgelehnt werden. Der Dezernent ist nicht nur Mitglied der Wirtschaftspartei, sondern auch Postbeamter. Gerade in seiner Eigenschaft als Beamter könnte er unmöglich diesen Vorschlag machen, an Stelle der achtstündigen Arbeitszeit eine solche von 58 Stunden einzuführen. Werden des Nachts besondere Führer durch die Feuerwehr, Krankentransporte usw. nötig, so werden sie selbstverständlich auch bezahlt. Wer gibt seine Nachtruhe ohne besondere Entschädigung preis. Kein Mensch. Dies verlangt man allen Ernstes jetzt von den Arbeitern. Dann verlangt man aber weiter, daß die Kutsher abwechselnd jede fünfte Nacht eine Wache unentgeltlich machen sollen. Das wäre bei fünf Kutshern innerhalb 14 Tagen drei Nachtwachen. Damit nicht genug, soll sogar auch Sonntags die Wache mitgemacht werden. Wir wollen einen Fall herausgreifen. Ein Kutsher arbeitet Sonnabends 8 Stunden, er hätte Nachtwache von Sonnabend abend bis Sonntag früh 7 Uhr = 14 Stunden, im Anschluß daran Sonntagswache von früh 7 Uhr bis Montag früh 7 Uhr = 24 Stunden, er kann nun nicht noch Hause gehen, sondern er muß sein Gespann bedienen, mithin wieder 8 Stunden arbeiten, so daß das eine Dienstzeit von 54 Stunden hintereinander ergibt. Hat man sich dies wirklich überlegt? Nein; besteht grundsätzlich der achtstündige Arbeitstag. Und die Kutsher, die in Wind und Wetter ihre Arbeit gewissenhaft verrichten müssen, haben an diesem genug. Aber weiterhin plant man auch den Abbau des einen Futtermeysters. Die Pflege der Pferde soll dann von den Kutshern mit übernommen werden. Mehr kann man von Arbeitern wirklich nicht verlangen.

**Spener.** In der aufbeschriebenen Generalversammlung am 6. Februar 1925 erstartete Kollege Claus den Kassenbericht. Der Totalkassenbestand beträgt am Ende des 4. Quartals 1924 415,19 M., die Mitgliederzahl beträgt 746. Kollege Häfner gab den Kartellbericht. Das Kartell hat zum 7. Dezember Flugblätter anfertigen lassen, deren Inhalt lediglich den Interessen der kommunistischen Partei dient. Sämtliche Kollegen nahmen in der Diskussion gegen das Kartell Stellung, wobei besonders die gewerkschaftliche Vergangenheit der KPD einer kritischen Betrachtung unterzogen wurde. Es wurde hierauf folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen: „Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Spener, sperrt dem Gewerkschaftskartell solange die Beiträge, bis das Flugblatt von der KPD, und nicht von dem Kartell bezahlt wird, und bis vom Kartell tatsächlich Gewerkschaftsarbeit geleistet wird.“ Der kommunistische Kartellvorsitzende Weber hat erklärt, die Stadt Spener stehe an erster Stelle hinsichtlich der Notstandsarbeiten. Das ist aber nicht dem Gewerkschaftskartell, sondern dem alten Stadtrate zu danken. Es folgte dann eine ausgiebige Aussprache über die Arbeitsordnung der städtischen Arbeiter. Diese war vor vier Jahren zwischen den Betriebsrat und dem Filialausschuß und der Stadtverwaltung Gegenstand eingehender Beratungen gewesen. Eine Filialversammlung hatte zu jener Zeit die Genehmigung zu ihrer Annahme erteilt. Durch die Ausweisung des Rechtsrates der Stadt Spener, der die Vorarbeiter geführt hatte, konnte die Arbeitsordnung vor dem Stadtrate nicht erledigt werden. Nach seiner Rückkehr sollte sie zum Abschluß kommen. Im Finanzausschuß des jetzigen Stadtrates, in welchem die Arbeitsordnung zur Durchberatung vorlag, hatte der Vertreter der KPD nichts gegen sie einzuwenden. Aber in der folgenden öffentlichen Stadtratsitzung trat die KPD mit einer Reihe Abänderungsanträge für diese hervor. Unsere Vertreter empfahlen, die Arbeitsordnung in der jetzigen Form anzunehmen, was auch geschah. Die KPD zog nun im Stadtrate gegen den Betriebsrat und die Vertreter der Filiale los, und wahrte beide ein halbes unruhiges Ende. Der Filialausschuß sah sich darum genötigt, vor seiner Neuwahl die Arbeitsordnung zur Diskussion zu stellen. Mit allen gegen eine Stimme wurde der Filialleitung das Vertrauen ausgesprochen. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Ahlbeiter, 2. Vorsitzender Spindler, Kassierer Claus, Schriftführer Blau. Kartelldelegierter Häfner, Claus und Krämer, die aber erst dann im Kartell erscheinen werden, wenn der angenommene Antrag seine Verwirklichung gefunden hat. Unter „Verhiebendes“ gab Kollege Spindler bekannt, daß eine neunprozentige Lohnerhöhung gefordert sei. Die Kollegen waren der Ansicht, daß eine derartig geringe Erhöhung nicht der wirklichen Teuerung entspreche, es wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der eine 30prozentige Lohnerhöhung fordert. Kollege Spindler wurde als Delegierter zur Lohnkommission gewählt. Ueber die Einreichungen in die zweite Lohnstufe entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Vorstand und der Betriebsrat wurden beauftragt, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

**Weglar.** In Nr. 5 der „Gewerkschaft“ haben wir die Gründung der Weglarer Eigenwirtschaft G. m. b. H. beleuchtet und nachgewiesen, daß die Gründung nur zu dem Zweck erfolgte, den RMZ für eine Anzahl Betriebe auszuschalten. In den nicht der G. m. b. H. unterstehenden städtischen Betrieben bezahlt man die vereinbarten Löhne einschließlich Hausstands- und Kinderzulage, während für die gleichfalls städtischen Betriebe mit der Bezeichnung G. m. b. H. nur die Grundlöhne ohne Hausstands- und Kinderzulage bezahlt wurden. Die Bezirkschiedsstelle hatte sich für die G. m. b. H. für unzuständig erklärt, die staatliche Schlichtungsausschusskammer dagegen für zuständig. Die Sitzung fand am 30. Januar stat. und der Vertreter der G. m. b. H., Stadtrat W., wird keine Scheuheit mehr haben eine derartig für die Stadtverwaltung faule Sache zu vertreten. In der Lohnfrage wurde ein günstiges Urteil erzielt. Hausstands- und Kinderzulage müssen neben den vereinbarten Löhnen gezahlt werden, so daß in den städtischen Betrieben in Weglar wieder einheitliche Löhne gezahlt werden. Der Schiedspruch hat seine Stütze in der Verordnung vom 30. Oktober 1923. Leider wurde der RMZ nicht überlassen, die Parteien sollen erst noch einmal verhandeln und erst wenn keine Einigung erzielt wird, soll am 20. Februar die Schlichtungsausschusskammer weiter verhandeln. In der Begründung finden wir den Schlüssel zu dem Geheimnis. Dort wird gesagt, die G. m. b. H. will Gewinne erzielen, der RMZ geht aber in seinen sozialen Einrichtungen zu weit, besonders die §§ 12 und 14 sind für einen nach Gewinn strebenden Betrieb nicht tragbar. Eine Begründung soll es sein, ein Urteil ist es. Aber auch nette Aussichten sind das für die Zukunft. Der Unternehmer braucht nur zu sagen, mein Betrieb ist auf Gewinnerzielung eingestellt und alle sozialen Erwerbsleistungen können auf ein Mindestmaß herabgedrückt, wenn nicht ganz illusorisch gemacht werden. Das läßt sich selbstverständlich auch auf die Löhne übertragen, und die einfache Formel lautet: Gewinnabsicht ist gleich Abbau der sozialen Einrichtungen und niedriger Lohn. Halluhja! werden manche Stadtverwaltungen und Selbstverständlich auch die Unternehmer rufen. Hoffen wir, daß die Einsicht doch noch siegt und der RMZ, auch für alle städtischen Arbeiter einschließlich der G. m. b. H. anerkannt wird.

**Wittstod a. d. Doffe.** In der Mitgliederversammlung am 17. Februar wurde der alte Filialvorstand mit Ausnahme des Schriftführers wiedergewählt. Zum Schriftführer wurde der Kollege Otto Jahn bestimmt. Den Bericht des Ortsausschusses gab Kollege Schäfer. Für den bei der Arbeit verunglückten Fortarbeiter, Kollegen Jahn wurde eine Sammelliste in Umlauf gesetzt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der am 25. August 1924 abgeschlossene Mitarbeiter für die Fortarbeiter von Seiten des Magistrates zum 31. März gekündigt ist. Wir haben also alle Ursache, uns selbst um das Banner der Organisation zu scharen, damit die vom Magistrat beabsichtigten Verschlechterungen abgelehnt werden können.

• Rundschau •

**Eine Bauausstellung 1925 in Essen.** Eine große Bauausstellung, die dazu beitragen soll, den Baumarkt besonders in Westdeutschland anzukurbeln und dadurch auch die wirtschaftliche Lage in allen beteiligten Kreisen zu verbessern, wird vom 18. Juli bis 31. August in Essen veranstaltet werden. Die Ausstellung wird folgende Gruppen umfassen: 1. Baustoffe; 2. Baumaschinen und Baugeräte; 3. neuere Baukonstruktionen; 4. Ausstellung des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine; 5. Industriebau. Jeder weiß, daß das Aufblühen des Baumarktes identisch ist mit einer Wiederbelebung aller Industrie- und Handelszweige. Insofern ist gerade in dem so überaus wichtigen industriellen Westen eine derartige Veranstaltung von erheblichem Wert. Die Ausstellung steht unter dem besonderen Schutz des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine. Der durch eine Sonderausstellung über die Entwicklung des deutschen Bauwesens in den letzten Jahren die Ausstellung bereichern wird. Gerade aus diesem Grunde verdient die Veranstaltung eine sachliche Beachtung aller in Frage kommenden Kreise. Die Wanderversammlung des genannten Verbandes wird ebenfalls im Juli in Essen stattfinden, es ist wünschenswert, daß auch andere am Bauwesen technisch oder beruflich interessierte Kreise und Organisationen die Bauausstellung benutzen, um ihre Tagungen in jener Zeit in Essen abzuhalten. Die Veranstaltung solcher Tagungen wird sehr gefördert und sie sind besonders wichtig, weil durch die politischen Verhältnisse der letzten Jahre das befehlte Gebiet vielfach zurückgestellt worden war. Viele Organisationen werden sich daher zweifellos bemühen, die Veranstaltung schon aus diesem Grunde zu besuchen. Die Ausstellung will in der Abteilung Industriebau auch besonders bemüht sein, die Zusammenhänge zwischen Werkstoff und Wohnung zu zeigen, wie denn ja heutzutage überhaupt die wirtschaftlichen Unternehmungen und die Wohnungsfragen der Angestellten und Arbeiter auf das engste verknüpft sind. Nähere Auskunft erlöst das Bureau der Bauausstellung Essen 1925, Essen, Bureauhaus (Kiludau). Zimmer 12.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter KPD in der Verantw. Redakteur Emil Tillmer, beide Berlin S.O. 33, Elisabethstr. 42.



**Eingegangene Schriften und Bücher**

**Der Glaube an das Proletariat.** Der Verlag der „Süddeutschen Monatshefte“ sendet uns unter dem 12. Februar 1925 das Dezemberheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte“, worin allerhand Material gegen die deutsche Sozialdemokratie zusammengetragen ist. Es würde eigentlich genügen, die Negativnamen August Winnig und Emil Kloth zu nennen, um den Inhalt der Aufsätze zu charakterisieren. Mit Rücksicht auf die Tatsache aber, daß die „Süddeutschen Monatshefte“ als Verlag doch eigentlich so etwas wie einen Namen zu verlieren haben, daß sie feinerzeit unter anderem das Sprachrohr Raumanns waren usw., möchten wir mit einigen Zeilen auf die sonderbaren Artikel eingehen, die uns noch dazu in Beschränkungslosigkeit zugesandt worden sind. Wir haben den Eindruck, daß das Heft, „Der Glaube an das Proletariat“, doch nicht die erwartete Verbreitung gefunden hat, wie man es erhofft hatte, sonst würde man jetzt Mitte Februar nicht noch mit diesen Ladenhütern kommen. Das erscheint uns ein besseres Zeichen für die Gesundheit des Proletariats als die Forderungen und Auffassungen, die Winnig für seinen „Glauben an das Proletariat“ entwickelt. Die Arbeiterschaft wird und kann nie vergessen, unter welchen Gesichtspunkten August Winnig, der allzu schnell Emporkommene, ebenso plötzlich in das nationalsozialistische Radwasser geraten ist, so daß seine Führerrolle in der deutschen Arbeiterschaft zwangsläufig ausgeübt sein wird. Daß er in seiner Verwirrtheit nun die Sozialdemokratische Partei als krank bezeichnet und seine Gedankengänge für gesund hält, nehmen wir ihm weiter nicht abel. Daß er aber glaubt, mit dieser Auffassung, noch dazu Arm in Arm mit dem unsauberen Ergossen Kloth, sich beliebt machen zu können, ist eine Illusionsfähigkeit, um die ihn niemand zu beneiden braucht. Schon der Ausgang der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 ist an sich eine Widerlegung dieser Auffassungen und der Versuch auf nationalsozialistischer Basis, die Arbeiterschaft zu erobern, in Deutschland, auch wenn sich ehemalige Arbeiterführer und jetzige Negativen daran machen, zur Ohnmacht bestimmt. Es lohnt sich deshalb auch nicht, auf all die Einzelentgehnungen und falschen Sachdarstellungen noch nachträglich einzugehen, die in diesen Heften, „Der Glaube an das Proletariat“, ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn dieser Glaube von Winnig-Kloth nicht das sein sollte, wofür wir ihn halten müssen, nämlich ein Abwehrkampf von Negativen, dann könnte man ihn höchstens noch als einen böswilligen Verleumdungsversuch bezeichnen, deren wir ja gegenwärtig allzu viele haben. Die Grundbeziehung als auch die Einzelentgehnungen Winnigs sind eine so sonderbare Mischung seiner Auffassung von einst und jetzt, daß sie in Arbeiter- und Gewerkschaftskreisen sicher niemals irgendwelche erhebliche Bedeutung erlangen können. Darum verzichten wir auf eine eingehende Kritik, weil wir diese Gedankengänge nicht ernst nehmen können. Es mag dem Verlag genügen, diese Abwehrzellen zu Gesicht zu bekommen.

**Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearbeitet von Karl Bra m m e r. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68.**

Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die deutsche Justiz, die früher in der Welt einen geachteten Namen hatte, in den letzten Jahren immer mehr an Vertrauen verloren hat. Es gibt kaum noch einen politischen Prozeß, dessen Verlauf und Ausgang nicht das Kopfschütteln der Welt erregt und dem Volksempfinden direkt widerspricht. So war es auch bei dem Ebert-Prozeß und bei dem Prozeß gegen den Landgerichtsdirektor Kroner. Beide Prozesse stehen unmittelbar vor der Berufungsinstanz. Wird hier der Gerechtigkeit Genüge geschehen? Nach den Erfahrungen darf man die Hoffnungen nicht allzu hoch schrauben. — Daß in dem Ebert-Prozeß nicht nur das Volksempfinden, sondern auch das gerade denkende Juristen und Staatsmänner verletzt worden ist, wird in dem vorliegenden Buche nachgewiesen. Bra m m e r hat nicht nur die Vorgeschichte und die Verhandlungen des Prozesses in ausführlicher Weise zusammengestellt, sondern auch die Urteile namhafter Juristen, die zum Teil politisch recht stehen, wie der Reichstagsabgeordnete Professor Rahl. Von anderen sind zu nennen Reichsanwalt a. D. Marx, die früheren Justizminister Schäfer, Rabbrack, Landsberg, der sächsische Finanzminister von Payer, Finanzminister Henrich, Ministerialdirektor Fald, die Landgerichtsdirektoren Kroner und Serfel, Geh. Justizrat Gordon, Prof. Eingemeiner, Prof. Heymann, Prof. Friedmann, Justizrat Werner, die Reichsanwältin Bahn und Alberg, Dr. Ernst Feder und Dr. Eyd. Justizrat Dehnbörn, an ihrer Spitze die Reichsregierung unter Führung des Finanziers Jaras, die preussische, die sächsische, bairische, brennische Regierung, die Senate der freien Reichsstädte und eine Anzahl anderer Kommunal- und Staatsbehörden haben Kundgebungen erlassen. All das findet man zusammengestellt in diesem Buche.

**Taschenbuch der Sozialversicherung von Richard Reich, Reichsstatistiker und für Gläubiger von August Herz. — Die vorbezogenen, von dem Verlag für Wirtschaft und Recht, Fortel u. Co. in Stuttgart, herausgegebenen Taschenbücher, die schon in neuer Auflage vom Preise von 3,10 Mk. und 4,80 Mk. erschienen sind, entsprechen einem weit verbreiteten Bedürfnis. Die deutsche Sozialversicherung ist durch die zahlreichen Änderungen für den Laien vollständig unübersichtlich geworden. Das gleiche trifft für das Bilanzrecht zu. Diesem Mangel wird durch die beiden Taschenbücher in klarer, leicht verständlicher Weise begegnet. Der Wert der Taschenbücher wird durch einen leicht auswechselbaren Zahlenanhang erhöht, der von dem Verlag bei eintretenden Änderungen jeweils ergänzt und zum billigsten Preise nachgeliefert wird. Die Anschaffung des Taschenbuchs für Sozialversicherung kann deshalb allen Arbeitern, Angestellten und Gewerkschaftsbeamten, die des Rechtsbegriffsbuchs für Gläubiger aller Geschäftsklassen, Handwerkern, aber auch allen sonstigen Rechtsprechenden, die sich über Kreditverfahren und Schutzmaßnahmen im Verkehr mit Schuldner rasch und zuverlässig unterrichten wollen, empfohlen werden.**

**30 Windbeutel für 95 Pfg.**

stellen Sie nach folgendem

**Oetker-Rezept**

selbst her!



125 g Weizenmehl Pfd. ca. 0.24	Mk. 0.06
1 Teelöffel Dr. Oetker's „Backpulver“	0.03
1/2 Liter Wasser	—
125 g Margarine Pfd. ca. 0.90	0.23
3 Eier St. ca. 0.19	0.57
1 Eßlöffel voll Zucker Pfd. ca. 0.45	0.63
1 Teelöffel voll Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	0.03
	Mk. 0.95

**Zubereitung:** Wasser und Butter bringe man zum Kochen, streue unter Rühren das Mehl hinein und rühre solange bis sich die Masse vom Topfe löst. Nachdem die Masse etwas abgekühlt ist, schicht man nach und nach die Eier hinein und gibt dann Zucker, Vanillin-Zucker und Backpulver hinzu. Dann setzt man mit einem Teelöffel kleine glänzende Backblech und blickt bei mäßiger Hitze goldgelb. — Von der angegebene n Menge erhält man ungefähr 30 Stück. — Die Windbeutel werden warm mit Weinschaum- oder Schokoladensauce aufgetragen. — Sollten die Windbeutel gefüllt werden so schneidet man sie durch und füllt sie mit Schlagsahne oder Vanille-Creme. Die Schlagsahne wird mit Dr. Oetker's Vanillin Zucker gewürzt. — Ein sehr gutes Rezept für Vanille-Creme findet man auf der Rückseite von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker-Packchen.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

**Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabr., Bielefeld**

\*) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

**Reklamepreis nur 4 Mk.**



alte deutsche Horner-Ankeruhr Nr. 52, stark veraltet, in 19 Stunden, Werk, ganz repariert, kostet nur 4,00 Mk.  
 Nr. 53 ebenfalls mit Schüssel . . . nur 4,50  
 Nr. 51 die, nicht veraltet u. Goldene u. Silberne, nur 5,00  
 Nr. 55 ebenfalls mit Schüssel . . . nur 4,00  
 Nr. 58 mit Spring, ganz repariert . . . nur 12,00  
 Nr. 59 ebenfalls, veraltet, mit Schüssel . . . nur 7,50  
 Nr. 70 ebenfalls, kleines Format . . . nur 10,00  
 Nr. 61 ebenfalls, sehr klein, 19 Jahre . . . nur 20,00  
 Metall-Uhrarmband  
 Panzeruhr, veraltet 6,00 Mk., nicht veraltet nur 1,50  
 nicht veraltet 2,00 Mk., Goldschlüsseluhr nur 5,00  
 Nr. 47 Armkettenuhr mit Roman . . . nur 8,00  
 Nr. 64 ebenfalls, vierstellige Form mit Roman Uhr nur 12,00  
 Meister, prima Handwerk nur 2,50  
 Uhren-Klasse, Berlin 224, Rossmeyer Str.

**Bei mir . . . Radio**

auf Ratenzahlung

Erstklassige, behördlich zugelassene

**2-Röhren-Post-Apparate**

Patente Telefunken, Marke „Scintilla“

mit Rück-Kopplung geben wir an Beamte, Angestellte und Arbeiter in fester Position sofort lieferbar ab. Erfragen Sie die Beding.

**Elma G. m. b. H., Berlin SW 61**

# KÖNIGE DER INFLATION

Von  
**PAUL UFERMANN**

Aus dem Inhalt: Zur Naturgeschichte des neuen Reichtums — Die Inflation und ihre Wirkung — Hugo Stinnes — Alfred Ganz — Friedrich Minoux — Camillo Castiglioni — Kleinere Emporkömmlinge u. a.

Preis in Halbleinen gebunden 2,50 Mark

# FÜR VOLK UND VATERLAND

Von  
**PH. SCHEIDEMANN**

Auszüge aus offiziellen Reden und Erklärungen der Sozialdemokratischen Partei

Preis 2,50 Mark

Zu beziehen durch die

**ABTEILUNG BUCHER UND SCHRIFTEN**  
BERLIN SO 33  
SCHLESISCHE STRASSE 42

## Hermann Engel, Berlin, Landsberger Straße 85-87 Zur Konfirmation!

<b>Cheviotkleider</b> , schwarz und marine mit reicher Stickerei u. Tressengarnierung, z.T. Kasackl. 14.75	<b>Schwarzes Sammetkleid</b> , aus best. Körpervelvet, reich bestickt, Größe 90. Steigerung 2.50	<b>105 cm breiter, reinwoll. Cheviot</b> , schwarz und farbige Meter 7.25	<b>70 cm Lindener Velvet</b> , nordest, schwarz und farbige Meter 9.00
<b>Reinwoll. Gabardinekleider</b> , schwarz, braun und marine 16.75	<b>Kleiner Jünglingsanzug</b> , 1 und 2reihig, Größe 9, Stoffgerung 2.— 23.75	<b>130 cm breiter Gabardine</b> , 1a Wolle, schwarz und farbige Meter 7.25	<b>breite, schwarze Kleiderside</b> , in guten Qualitäten Mtr. 6.75 <b>90 cm 9. breitt. Tolle de Sole (Waschseid.)</b> , in schwarz und weiß Meter 3.00

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung, und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung im 1. Stock.

<b>Stickerei-Unterhüllen</b> in allen Weiten 1.75 1.10	<b>Beinseldene Crêpe de Chine-Kleider</b> in allen leichten Farben, in Kasack- u. Hemdtorm, mit Perlstickerei u. Malerei 26.—, 31.50, 29.00	<b>Overcoat-Mäntel</b> , 4.0 12.00, 9.75	<b>Madras-Garnitur</b> , aparte, heile Farben, dreiteilig 16.50, 11.50, 7.50
<b>Baum-Taghemd</b> mit Hohlsaum u. Lochstickerei 2.00	<b>Elegante Taffetkleider</b> in viele. Farben 20.00, 19.75	<b>Reinwollene Plisseeröcke</b> , dünne blau 6.00	<b>Eramine-Garnitur</b> mit breiten Einsätzen, dreiteilig 18.00, 15.—, 11.00
<b>Hausmacher-Brelltischuch</b> 130/160 3.00		<b>Kasack aus Kunstseide</b> mit langem Arm 12.00, 12.00	<b>Tüllgarnitur</b> , 8.50, 5.50
<b>Beckertbezüge</b> aus gutem Hemdentuch 4.70		<b>Polovar aus 1a Wolle</b> in entzückenden Farbenstell. 18.50, 14.00	<b>Eramine-Bettdecken</b> , zweibett., mit groß. Motiven 22.50, 18.50, 15.—, 10.00
<b>Kissen</b> dazu passend 1.00		<b>Sportjacken f. Damen u. Herren</b> in guter Qualität 16.50, 12.50, 9.00	<b>Steppdecken</b> , Satin, alle Farben 24.—, 19.00, 17.00

### Teppiche und Läuferstoffe zu fabelhaft billigen Preisen.

Die Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. — Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.

Rede